

Peter von Ins	Editorial	3
Thema/Question du jour		
Hans Wiprächtiger	Bundesgericht und Öffentlichkeit – zugleich ein Beitrag zum Verhältnis von Medien und Justiz	7
Thierry Calame et Jacques de Werra	Co-titularité des droits de propriété intellectuelle (tout particulièrement des brevets) dans le cadre de projets de recherche et développement conjoints: un piège à éviter?	10
Anwaltspraxis/Pratique du barreau		
Daniel Hunkeler	Revue einiger Entscheidungen der Schuldbetreibungs- und Konkurskammer des Bundesgerichts (1. Teil)	14
Peter Veth	PC zum Diktat! Spracherkennung in der Kanzlei	19
Rechtsprechung/Jurisprudence		
Rechtsetzung/Législation		
Pressespiegel/Revue de presse		
Forum		
Jean-Pierre Egger	Vademecum zu THC und BGE vom 13. März 2000	28
SAV – Kantonale Verbände/FSA – Ordres cantonaux		
Agenda		

Impressum

Anwaltsrevue/Revue de l'avocat
5. Jahrgang 2002/5^e année 2002
ISSN 1422-5778

Zitiervorschlag/Suggestion de citation
Anwaltsrevue 10/2002, 1 ff.
Revue de l'avocat 10/2002, 1 ss

Herausgeber/Edité par
Helbing & Lichtenhahn Verlag
Schweizerischer Anwaltsverband/
Fédération Suisse des Avocats

Chefredaktion/Rédacteur en chef
Peter von Ins, Fürsprecher (vJ)
Bollwerk 21
CH-3001 Bern
Telefon/Téléphone: 031 328 35 35
Telefax: 031 328 35 40
E-Mail: vonins@bollwerk21.ch

**Verlag und Redaktion/
Edition et rédaction**
Helbing & Lichtenhahn Verlag
Lektorat Zeitschriften
Lic. phil. Roland Strub
Lic. phil. Anne-Marie Prévost
Elisabethenstrasse 8, CH-4051 Basel
Telefon/Téléphone: 061 228 90 70
Telefax: 061 228 90 71
Internet: www.helbing.ch
E-Mail: zeitschriften@helbing.ch

Mitarbeiter/Collaborateurs
Dr. iur. Marco Itin (It)
Lic. iur. Max Beetschen (Be)

Sekretariat SAV/Sécrétariat FSA
Marktgasse 4, Postfach 8321
CH-3001 Bern
Telefon/Téléphone: 031 313 06 06
Telefax: 031 313 06 16
E-Mail: info@swisslawyers.com

Vertrieb/Distribution
Bookit Medienversand AG
Postfach, CH-4601 Olten
Telefon/Téléphone: 062 209 27 39
Telefax: 062 209 26 27
E-Mail: zeitschriften@sbz.ch

Inserate/Annonces
Kretz AG
General Wille-Str. 147, Postfach,
CH-8706 Feldmeilen
Telefon/Téléphone: 01 925 50 60
Fax: 01 925 50 77
E-Mail: info@kretzag.ch

Preise/Prix
Jährlich/Annual: Fr. 148.–, € 101.–
Studenten/Étudiants: Fr. 98.–, € 67.–
Einzelheft/Numéro séparé: Fr. 20.–, € 14.–
Mitglieder des SAV gratis/Membres FSA gratuit
Alle Preise zzgl. MWST.
Kündigungen für die neue Abonnementperiode sind schriftlich und bis spätestens 31. Oktober des vorangehenden Jahres mitzuteilen.

La résiliation de l'abonnement pour une nouvelle période doit être communiquée par écrit au plus tard jusqu'au 31 octobre de l'année précédant la nouvelle période.

Copyright
Copyright © Titel «Anwaltsrevue/Revue de l'avocat»
by Schweizerischer Anwaltsverband, Bern
Copyright © Inhalt by Schweizerischer Anwaltsverband
Bern und Helbing & Lichtenhahn Verlag, Basel/Genf/
München
Copyright © Gestaltung, Umsetzung und Grafik
by Helbing & Lichtenhahn Verlag, Basel/Genf/München

Alle Rechte vorbehalten. Die Zeitschrift und ihre Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf deshalb der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlegers.

Tous droits réservés. La revue est protégée par la législation sur les droits d'auteur. Toute exploitation non autorisée par la loi nécessite l'accord écrit de l'éditeur.

Alles wird besser . . .

Liebe Leserinnen und Leser

Kaum sind die Festtage vorbei, kann man irgend eine Zeitschrift aufschlagen – und man weiss sofort: Im neuen Jahr wird alles besser. Models, welche in hautengen Teilchen ihre Magersucht kaschieren, gaukeln uns vor, dass diese, ihre Form eigentlich das Norm-Mass aller Menschen zu sein hätte. Vor knapp einem Monat noch erklärten uns sämtliche Gastronomieseiten in Hochglanzmagazinen und Wochenendbeilagen, wie man zum Avocado-Üppchen mit Sahnehäubchen, nach Milken auf Wirsing einen Brasato al Barolo kombiniert und das Festmahl mit einer Schokoladenmousse krönt. Und jetzt, auf einmal: *Fit ins neue Jahr*, und schon staunen wir wieder begeistert, wie viele Kalorien wir einsparen können, wenn wir nach einem rohen Rübchen zwei Stück Knäckebrot langsam auf der Zunge zergehen lassen und das Ganze mit einem Viertel Apfelschnitt abrunden.

Derweil geben uns Profisportler wertvolle Tips, wie wir mit leichtem, aber konsequentem Aufbautraining leistungsfähig und froh in den Sommer joggen und dank mentalem Training nach verlorenem Prozess immer noch strahlen wie Natascha Badmann auf Hawaii beim Zieleinlauf.

So sind denn auch wir, Herausgeber und Redaktion der «Anwaltsrevue», uns der grossen Erwartungen unserer Leserschaft bewusst und haben beschlossen: Auch bei uns soll im neuen Jahr vieles besser werden!

Der Rücklauf der letztjährigen Leserumfrage hat uns positiv überrascht, sowohl in quantitativer wie auch inhaltlicher Hinsicht. Natürlich wurde auch Kritik geäussert, dies jedoch im konstruktiven Sinn. Vielfach hat sich solche Kritik mit eigenen Wahrnehmungen der Redaktion gedeckt. Wobei auch in diesem Zusammenhang alte Wahrheiten uns Grenzen setzen: Allen Leuten recht getan, scheint auch für uns eine Kunst zu sein, die wir nicht können! Dennoch möchten wir es natürlich möglichst vielen recht machen.

Die folgende Neuerungen sollen deshalb diesem Ansinnen Rechnung tragen:

Mit einem leicht überarbeiteten äusseren und inneren Layout halten wir mit den Richtlinien moderner Zeitschriftengestaltung Schritt. Wir hoffen, damit die Lesefreundlichkeit zu erhöhen. Die «Anwaltsrevue» erscheint nun als «Das Praxismagazin des

Schweizerischen Anwaltsverbandes». Die bisherige Rubrik «Organisation & Management» wird neu in der Rubrik «Anwaltspraxis» aufgehen.

In Anbetracht der Vielzahl publizierter Entscheide und deren Wiedergabe in diversen Fachzeitschriften versuchen wir, uns in der «Anwaltsrevue» auf Themenbereiche zu konzentrieren, die den ureigenen Bereich anwaltlichen Wirkens betreffen, wie bspw. Ständesrecht, Auftragsrecht, Berufsgeheimnis, Prozessrecht, Fristen etc.

Die anderen Rubriken werden sie weiterhin in (fast) gewohnter Form antreffen.

Noch einmal sei an dieser Stelle daran erinnert, dass das «Forum» eigentlich als Podium für die Leserschaft geschaffen worden ist. Wir freuen uns über Beiträge unserer Leserinnen und Leser und gewähren gerne Platz für die Diskussion brennender Themen oder kontroverser Standpunkte.

Besonders am Herzen liegt uns immer noch die Zweisprachigkeit der «Anwaltsrevue» und wir bemühen uns, auch diesem Bereich nach Möglichkeit Rechnung zu tragen.

Während das eingangs erwähnte Medienspektakel «Alles wird besser» Jahr für Jahr unmittelbar nach den Festtagen wieder neu aufgelegt wird (Beweismittel: Unterhaltungszeitschriften und deren Beilagen diversester Jahrgänge aus dem fraglichen Zeitraum), sind wir überzeugt, mit diesen eher sanften Neuerungen für weitere Jahre auf Kurs zu liegen und unsere Vorsätze so auch durchziehen zu können. Eine regelmässige Wiederholung des Mottos «Alles wird besser» soll Ihnen also künftig erspart bleiben. Und eh' ich's vergesse: Kollege Redlich hat der Redaktion eine Ferientkarte mit dem rätselhaften Text geschickt: Alles ist besser!



Peter von Ins, Fürsprecher

Hans Wiprächtiger*

Bundesgericht und Öffentlichkeit – zugleich ein Beitrag zum Verhältnis von Medien und Justiz

1. Vorbemerkungen

Gemäss einer Publikation im «Tages-Anzeiger» vom 20. Juli 2002 zeigt ein neuer Univox-Trend-Bericht zum Thema Staat, dass bei den 718 Befragten das Bundesgericht ein hohes Mass an Vertrauen genießt: 64 Prozent gaben an, sie hätten persönlich Vertrauen in das höchste Schweizer Gericht, 57 Prozent sind zufrieden mit der Regierung. Diese Zahlen stellen nach Auffassung des GfS-Forschungsinstitutes einen «einmalig hohen Wert» dar. Dagegen vertrauen nur noch 52 Prozent dem Parlament und 48 Prozent der Bundesverwaltung. «Zufrieden wie lange nicht mehr», titelte der Tages-Anzeiger seinen Artikel.

Aus dieser doch erfreulichen Umfrage können zwei gegenteilige Schlüsse gezogen werden. Das aufgezeigte Ergebnis der Umfrage kann einmal so gedeutet werden, dass sich die eher reservierte Haltung des Bundesgerichtes gegenüber den Anliegen der Öffentlichkeit jedenfalls im Bereich der Justiz bewährt und von der Bevölkerung akzeptiert wird. Im Gegensatz dazu lässt sich aber auch der ehrgeizige Standpunkt vertreten, diese zwei Drittel einer positiven Einschätzung könnten noch erhöht werden. Oder es sollte zumindest Sorge dazu getragen werden, dass dieses Vertrauen auch in Zukunft erhalten bleibt. Damit ist das Thema Justiz und Öffentlichkeit angesprochen. Im Folgenden sind stichwortartig verfassungsrechtliche Aspekte dieses Spannungsfeldes zu skizzieren, ferner die Beziehungen zwischen Medien und Justiz sowie die Kritikfähigkeit der Justiz. Nicht unerwähnt bleiben soll dabei auch die Öffentlichkeitsarbeit insbesondere des Bundesgerichtes.

2. Allgemeine Überlegungen zur Öffentlichkeit der Justiz

2.1. Transparenz in der Rechtspflege. Öffentlichkeit als Grundlage des demokratischen Rechtsstaates

Die Öffentlichkeit der Justiz ergibt sich verfassungsrechtlich insbesondere aus der Informationsfreiheit gemäss Art. 16 Abs. 3 BV. Weiter lässt sie sich auf Art. 30 Abs. 3 BV abstützen, der die Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlung und der Urteilsverkündung regelt. Das Bundesgericht bezeichnet in einem jüngsten Urteil in Bestätigung seiner bisherigen Praxis öffentliche Verhandlungen vor Gerichten unter dem Gesichtswinkel von Art. 6 Ziff. 1 EMRK als öffentlich zugängliche Informationsquelle der Allgemeinheit und der Journalisten (BGE 127 I 145 E. 4c aa). In einem zweiten wegweisenden Entscheid setzt sich das Bundesgericht wiederum in Bestätigung der bisherigen Rechtsprechung

mit dem Grundsatz der Öffentlichkeit der Verhandlung – und darin eingeschlossen jenem der öffentlichen Urteilsverkündung – auseinander. Dieser soll nach den Ausführungen des Gerichts eine Absage an jede Form geheimer Kabinettsjustiz bedeuten. Der allgemeinen Öffentlichkeit soll ermöglicht werden, Kenntnis davon zu erhalten, wie das Recht verwaltet und wie die Rechtspflege ausgeführt wird. Damit wird für Transparenz in der Rechtspflege gesorgt. Diese Transparenz ermöglicht erst eine demokratische Kontrolle durch das Volk und gehört als wesentliches Element des Anspruchs auf ein faires Verfahren zu den Grundlagen eines demokratischen Rechtsstaats (BGE 124 IV 234 E. 36).

2.2. Transparenz im Interesse einer Qualität der Rechtsprechung

Durch eine verstärkte Transparenz der Justiz und des Gerichtsverfahrens wird aber nicht nur das offensichtliche Interesse nach einer Kontrolle der Staatsgewalten ganz allgemein befriedigt. Es profitieren darüber hinaus auch die Angeschuldigten und andere Verfahrensbeteiligte. Durch die Kontrolle der Öffentlichkeit soll nicht zuletzt diesen eine korrekte und gesetzmässige Behandlung gewährleistet werden.

2.3. Öffentliche Urteilsberatung

Vor Bundesgericht kann zwar ohne Verstoss gegen Art. 6 Ziff. 1 EMRK grundsätzlich von einer öffentlichen Verhandlung abgesehen werden. Hier gilt aber das Prinzip der öffentlichen Urteilsberatung, eine schweizerische Besonderheit (Art. 17 Abs. 1–3 OG). Der Bundesrat schlägt in seinem Entwurf zu einem Bundesgerichtsgesetz die Ausdehnung dieses Prinzips auf Bereiche vor, bei denen heute noch Einschränkungen gelten, unter anderem auf Beratungen der strafrechtlichen Abteilungen und für Steuersachen, (Art. 55 E, vgl: Botschaft zur Totalrevision der Bundesrechtspflege vom 28. Februar 2001, BBl 2001, S. 4303 und 4492) und begründet diesen Grundsatz der öffentlichen Beratungen und Abstimmungen unter anderem damit, dass das Publikum und namentlich die Medien auf diesem Wege eine gewisse Kontrolle ausüben und so einem allfälligen Misstrauen gegenüber einer zu grossen Macht der höchsten Richter in einem demokratischen Staat vorbeugen könnten.

* Lic. iur. Hans Wiprächtiger ist Bundesrichter am Schweizerischen Bundesgericht. Dies ist die gekürzte Fassung eines Beitrages in der Festgabe zum 60. Geburtstag von Bundesrichter Giuseppe Nay, Luzern 2002, dem auch weitere Judikatur und Literaturhinweise entnommen werden können.

2.4. Verkündungsprinzip im Bundesgericht

Gemäss Beschluss der Präsidentenkonferenz des Bundesgerichtes vom 22. Mai 2002 soll dem Verkündungsprinzip gemäss Art. 30 Abs. 3 BV und Art. 6 Ziff. 1 EMRK dadurch nachgekommen werden, dass alle Urteile mit Rubrum und im Dispositiv während vier Wochen im Bundesgericht aufgelegt werden, wo sie jede Bürgerin und jeder Bürger einsehen kann. Die Auflage folgt «in der Regel» in nicht anonymisierter Form. Diese Neuerung besticht, wobei sie allerdings noch weitergehen könnte: Sachverhalt und Erwägungen beispielsweise werden leider nicht öffentlich aufgelegt.

3. Verhältnis zwischen Justiz und Öffentlichkeit

3.1. Justiz und Auseinandersetzung mit der Öffentlichkeit

Die Öffentlichkeit kann ihre notwendige Kontrolle über das staatliche Handeln, d. h. auch über die Justiz, nur dann wahrnehmen, wenn die Massenmedien als Vermittler auftreten und gleichsam stellvertretend eine Aufsichtsfunktion ausüben. Die Journalisten sind, um dies mit den Worten des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrecht auszudrücken, als «public watch dogs» tätig. Neben ihrer Wächterrolle hat man sich aber auch auf die ureigenste Aufgabe der Massenmedien zurückzubedenken, die in der Berichterstattung über die Justiz liegt. Den Medien kommt also eine berichtende und eine kontrollierende Funktion zu. Durch die Teilnahme an der Rechtsprechung durch Ausenstehende besteht vermehrt die Gelegenheit, die Bürger für die Sache der Justiz zu interessieren. Auch die Justiz braucht die Auseinandersetzung mit der Öffentlichkeit, auch sie ist darauf angewiesen, dass Laien ihre Entscheide verstehen. Die Berichterstattung über die Justiz und damit einhergehend die Justizkritik, verstanden als eine Auseinandersetzung zwischen der Öffentlichkeit und Gerichten, erfüllt eine unerlässliche Brückenfunktion zwischen Bürgern und Justiz.

3.2. Beeinflussung von Angehörigen der Justiz durch die Berichterstattung

Zu Diskussionen Anlass geben immer wieder die publizistischen Einflüsse während laufender Justizverfahren, die eine Gefahr für die unvoreingenommene richterliche Entscheidungsfindung sein können. Diese Gefährdung ist allerdings nicht besorgniserregend, sieht man von gewissen einzelnen Exzessen ab, wie sie etwa bei einer «Prozessführung via Medien» beobachtet werden können. Diese positive Einschätzung lässt sich durchaus begründen: Die Bürgerin und der Bürger des Jahres 2002 sind mehr noch als in früheren Zeiten verschiedenen medialen Einflüssen ausgesetzt. Die von den Medien vor, während oder nach einem Justizverfahren geübte Kritik stellt deshalb zumeist, weil zum normalen Lauf der Dinge gehörend, für eine Richterin und einen Richter nicht mehr als einen von sehr vielen Faktoren einer möglichen Beeinflussung dar (vgl. BGE 105 Ia 157 E. 6a). Richterinnen und Richter sind im Übrigen wie andere Bürger von Kindheit

und Jugend an verschiedenen ausserrechtlichen und sachfremden Einflüssen ausgesetzt und deshalb entsprechend sensibilisiert. So gesehen, dürften der Druck der Medien und ein allfälliger Druck der öffentlichen Meinung kaum nachhaltig auf sie wirken.

3.3. Verständnis von Angehörigen der Justiz gegenüber Medienschaffenden

Es ist somit von der Notwendigkeit und Zulässigkeit einer Kooperation zwischen Gerichten als Institution und Gerichtsmitgliedern als Individuen einerseits sowie der Öffentlichkeit, insbesondere auch der Medien, andererseits auszugehen. Es stellt sich damit die weitere Frage nach dem konkreten Vorgehen, wie im Einzelnen diese Öffentlichkeitsarbeit, ein Instrument der «Unternehmenssteuerung», zu bewerkstelligen ist. Dabei ist zu bedenken, dass eine engagierte Öffentlichkeitsarbeit im eigenen Interesse der Justiz liegt. Damit kann die Gefahr einer falschen oder missverständlichen Gerichtsberichtserstattung vermindert werden. Darüber hinaus können damit die eigenen Anliegen der Justiz der Öffentlichkeit besser dargestellt werden. Öffentliche Auseinandersetzung über die Justiz und ihre Urteile muss sein, und Kritik an der Justiz gehört zur Sache. Die Justiz muss damit leben, dass ein Urteil als unrichtig kritisiert wird. Kritik an der Arbeit einzelner Richter und Richterinnen sollte nicht gleich als Kritik an der Institution Justiz oder Bundesgericht insgesamt interpretiert werden, sondern als ganz normaler Vorgang, den sich auch Bundesräte, Parlamentarier und Verwaltung gefallen lassen müssen.

3.4. Methode der Zusammenarbeit zwischen Gerichten und Medien am Beispiel des Bundesgerichts

Die Gerichte haben verschiedene Möglichkeiten, ihre Beziehung zu den Medien möglichst zufriedenstellend zu gestalten. Im Folgenden ist speziell auf die Belange des Bundesgerichtes einzugehen.

Es ist unerlässlich, neben einem Akkreditierungssystem vorab eine gute Infrastruktur bereitzustellen (gute Arbeitsräumlichkeiten, moderne technische Kommunikationsverbindungen zu den Chefredaktionen usw. vgl. dazu Paul Tschümperlin ([Generalsekretär des Bundesgerichtes], Gerichte und Medien – die Sicht der Gerichte, St. Gallen 2002). Dies alles scheint beim Bundesgericht klaglos zu funktionieren.

Ebenfalls gewährleistet das Informationssystem des Bundesgerichtes in zufriedenstellender Weise die Information der Öffentlichkeit. Ca. 50 Prozent aller Fälle werden im Pressezimmer aufgelegt. Es handelt sich grundsätzlich um die gleiche Auswahl, die seit dem 1. Januar 2000 auch in einer besonderen Datenbank auf Internet zugänglich ist. Durch ein mittlerweile eingespieltes System mit Sperrfristen wird ein Beitrag zur Qualitätssicherung der Berichterstattung geleistet und die Waffengleichheit unter den Medienschaffenden sichergestellt. Grundgedanke ist dabei, dass der Bürger im Moment der Berichterstattung in der Presse auch das Original des Urteils nachlesen kann. Gerichte und Presse fördern und kontrollieren sich damit gegenseitig.

Nicht zu befriedigen vermag allerdings, dass nur ca. die Hälfte aller Urteile des Bundesgerichtes im Internet zugänglich gemacht werden. Es spricht nichts dagegen, alle Urteile (ausser etwa nicht interessierende Abschreibungsbeschlüsse und dergleichen) auf die Datenbank zu setzen. Dem steht auch deshalb nichts entgegen, weil durch eine Anonymisierung der aufgelegten Urteile dem Persönlichkeitsschutz und Datenschutz ausreichend Rechnung getragen wird.

3.5. Zusammenarbeit der Gerichte mit Medien am Beispiel des Bundesgerichtes

Die Öffentlichkeitsarbeit am Bundesgericht beruht auf den vier Säulen «amtliche Publikation, Belieferung der Presse, Zusammenarbeit mit Fachzeitschriften sowie Öffentlichkeitsarbeit im Allgemeinen». Für das Letztere soll sein Informationsbeauftragter zuständig sein. Ihm obliegen die interne Beratung bei Gesprächen mit Medienvertretern, Interviews und Fernsehaufnahmen, die eigene Medienpräsenz durch Berichte über das Bundesgericht, das Schaffen und Betreuen eines wöchentlich erscheinenden Informationsblattes, die Medienbetreuung im Allgemeinen, einmalige Aktionen, Vortragsunterlagen und Vorbereitung von Stellungnahmen des Bundesgerichtes bei «besonders unzutreffender» Berichterstattung in Zusammenarbeit mit der betreffenden Abteilung, Medienkonferenzen, Pressekommunikées besonderer Veranstaltungen, Führungen, Bereitstellen von Informationsbroschüren und Internetauftritt des Bundesgerichtes auf der eigenen Homepage usw.

3.6. Öffentliche Stellungnahmen einzelner Richter

Bis heute gilt im Grundsatz die Regel, dass zu konkreten Einzelentscheidungen keine Interviews gewährt werden. Skeptisch ist man auch gegenüber der Kommentierung eines Falles durch einen mitwirkenden Richter. Besonders heikel sollen Interviews gegenüber den elektronischen Medien sein, weil das Interview beliebig gekürzt und damit inhaltlich verändert werden könne. Man könnte durchaus auch eine gegenteilige und offenere Auffassung vertreten, dass nämlich ein Präsident oder ein Gerichtsmitglied in einem Interview der interessierten Öffentlichkeit den Kern eines Urteils viel prägnanter darstellen kann, als Dutzende von manchmal schwer verständlichen Erwägungen im Urteil es zu tun vermögen.

Angemerkt sei allerdings, dass Zurückhaltung am Platz ist mit öffentlicher Kritik des Richters an Entscheidungen des eigenen Spruchkörpers. Das Vertrauen in die Objektivität richterlicher Urteile und ihre Akzeptanz werden nicht gefördert, wenn Mitglieder mehrköpfiger Spruchkörper an den von ihnen mitbeschlossenen Entscheiden herumdeuteln oder gar gegen die Entscheidung öffentlich zu Felde ziehen.

3.7. Mediale Bildbedürfnisse

Es stellt sich im Weiteren die Frage, ob nicht die Gerichte den medialen Bildbedürfnissen in besonderen Fällen entgegenkommen sollten, soweit der Gang der Verhandlung und die Persönlichkeitsrechte der beteiligten Parteien dabei nicht beeinträchtigt

werden. Zur Diskussion wird immer wieder das Bedürfnis gestellt, im Gericht zu filmen. Gewisse Filmaufnahmen werden teilweise in kantonalen Gerichten, aber auch in vielen europäischen Gerichten, gestattet.

Es liesse sich auch denken, das Filmen der öffentlichen Verkündung des Urteils zu gestatten. Dies wäre insbesondere im Zusammenhang mit Urteilen des Bundesstrafgerichtes sachgerecht, bei welchem in diesem Stadium jeweils eine schriftlich vorbereitete Kurzbegründung vorliegt. Um eine optimale Verhandlung zu gewährleisten, könnte das Bundesgericht als Produzent des Films auftreten. Ein Unternehmen würde dann mit genauen Vorgaben mit den Filmaufnahmen beauftragt. Auf diese Weise könnte schon vor den öffentlichen Sitzungen allen Einwänden Rechnung getragen und das Verfahren mit den Prozessbeteiligten abgesprochen werden. So wurden denn auch mit Erfolg im Bundesstrafprozess Issac Bental (Urteil vom 7. Juli 2000) vorgegangen. Die Präsidentenkonferenz des Bundesgerichtes hat jedoch mit Beschluss vom 12. März 2001 Aufnahmen aus laufenden Verhandlungen untersagt. Damit ist weder eine Filmaufnahme über die Eröffnung der Verhandlung noch über die Verkündung des Urteils mehr möglich. Dies ist zu bedauern. Mit einer Fernsehübertragung, die bei aller Wahrung der Persönlichkeitsrechte der Betroffenen zu erfolgen hat, könnten der Bevölkerung beispielsweise Fragen der Strafzumessung oder dergleichen, die häufig grosse Emotionen und Unverständnis auslösen, näher erläutert werden. Auf diese Weise könnte mehr Verständnis für die Anliegen des Strafrechts erreicht werden.

3.8. Weitere «vertrauensbildende Massnahmen»

Verschiedene weitere Möglichkeiten sind diskutierbar, um die Justiz der Öffentlichkeit näher zu bringen, damit die Gesellschaft deren Anliegen besser verstehen und ihr Vertrauen entgegenbringen kann.

Beispielsweise stellt sich die Frage, ob nicht vermehrt der unterliegenden Minderheit eines Gerichtes die Gelegenheit gegeben werden soll, ihre Auffassung zu Protokoll zu geben (so zum Beispiel § 138 Abs. 4 GVG/ZH) oder sogar in das Urteil aufnehmen zu lassen (so zum Beispiel § 276 lit. e ZPO/AG oder § 107 Abs. 3 ZPO/LU), um der Minderheit also zu ermöglichen, ihre so genannte «dissenting opinion» bekannt zu geben. Dieses System würde nicht nur zur Rechtssicherheit und Rechtsfortbildung beitragen, sondern könnte unter anderem das allgemeine Rechtsempfinden durch die Einsicht in die Relativität und Zeitgebundenheit von Recht und Gerechtigkeit verstärken.

Das Institut des Minderheitsvotums ist im geltenden Bundesrechtspflegegesetz (OG) nicht vorgesehen, jedenfalls nicht ausdrücklich. Zudem gilt es zu beachten, dass beim Bundesgericht nicht einstimmige Urteile mündlich (und in der Regel öffentlich) beraten werden. Die Mitglieder des Bundesgerichtes stehen dem Minderheitsvotum mehrheitlich skeptisch gegenüber, und auch der Entwurf zu einem neuen Bundesgerichtsgesetz vom 28. Februar 2001 schlägt es nicht vor, wohl aber der Vorentwurf zu einer Schweizerischen Strafprozessordnung vom Juni 2001 (Art. 92 Abs 3 lit. a).

4. Schlussbemerkungen

Das eben Dargelegte kann folgendermassen zusammengefasst werden: Eine Justiz, die sich öffnet, sich der Kritik stellt und auf mögliche Schwierigkeiten offen hinweist, erwirbt das Vertrauen der Öffentlichkeit. Um das Vertrauen der Bürgerinnen und des Bürgers in eine integre Justiz sowie in die Unvoreingenommenheit von Richterinnen und Richtern geht es in erster Linie. Zwischen einer unabhängigen Justiz und unabhängigen Medien

werden zwar immer Spannungen auftreten. Die Gründe dafür sind mannigfaltig: Gegensätze der Interessen, unterschiedliches Umfeld, verschiedene Arbeitsmethoden seien hier nur beispielhaft als Stichworte angeführt. Diese Spannungen sind Ausdruck dafür, dass die Gerechtigkeit und die Rechtsstaatlichkeit uns «nicht gegeben, sondern aufgegeben» sind. Diese Aufgabe haben verantwortungsbewusste, unabhängige Medienschaffende sowie offene, gesellschaftlich bewusste und unvoreingenommene Richter gemeinsam zu bewältigen.

Thierry Calame et Jacques de Werra*

Co-titularité des droits de propriété intellectuelle (tout particulièrement des brevets) dans le cadre de projets de recherche et développement conjoints: un piège à éviter?

1. Introduction

Il est fréquent que la recherche et le développement (R & D) de nouvelles technologies et de nouveaux produits, tout particulièrement dans l'industrie pharmaceutique, s'opèrent dans le cadre d'accords de collaboration conclus entre plusieurs entreprises privées avec ou sans la participation d'institutions de recherche publiques ou privées.

Parmi les motifs justifiant la prolifération de ces accords de collaboration¹, figurent en particulier le partage des coûts et des risques de la recherche, les synergies escomptées entre les compétences scientifiques et techniques des participants au projet ainsi que d'autres considérations stratégiques, telles que la maîtrise d'un des participants sur une technologie ou un savoir-faire spécifique ou encore l'accès d'un des participants à un marché donné.

D'un point de vue juridique, le but de ces projets conjoints sera de créer et d'exploiter de nouveaux droits de propriété intellectuelle (PI), tout particulièrement des brevets d'invention².

Dans cette perspective, la question de la titularité des droits de PI sur les résultats des projets de R & D conjoints se révélera souvent comme un des facteurs critiques du succès de ces projets. En effet, à défaut de réglementation adéquate, le risque (qui peut en particulier résulter de l'existence d'une co-titularité des droits de PI) sera que les droits de PI générés lors d'un projet ne puissent pas être optimalement commercialisés ni être efficacement protégés contre des violations commises par des tiers.

2. A défaut de solution contractuelle, les projets de R & D conjoints mènent souvent à la co-titularité des droits de PI

En l'absence de détermination de l'attribution des droits de PI sur les résultats des projets de R & D conjoints dans le cadre de l'accord de collaboration, l'attribution des droits se fera en vertu du régime légal. En matière de droit des brevets, le droit à la délivrance du brevet appartient ainsi en principe à l'inventeur, soit à la personne physique qui a fait l'invention³, à moins que ce droit n'ait été cédé à un tiers, tout particulièrement à l'employeur, en vertu d'une disposition contractuelle expresse ou de la loi⁴. Il en résulte ainsi que, si une invention est faite conjointement par deux ou plusieurs inventeurs employés par deux ou plusieurs entreprises différentes, ce qui se produira fréquemment dans le cadre de projets de R & D conjoints, les droits appartiendront en commun aux employeurs respectifs de ces inventeurs.

3. Risques et incertitudes résultant du régime légal de la co-titularité des droits sur le brevet

En droit suisse des brevets, la co-titularité du droit est évoquée à l'art. 3 al. 2 LBI qui dispose que si plusieurs personnes ont fait ensemble une invention, le droit à la délivrance du brevet leur appartient en commun. Faute de précision de cette définition, il sub-

* Thierry Calame et Jacques de Werra sont avocats à Zurich.

siste une certaine incertitude quant à la nature de la relation juridique existant entre les co-titulaires du droit sur le brevet, qui est tantôt assimilée à une copropriété (art. 646 ss CC)⁵, tantôt à une propriété commune (art. 652 ss CC), certains considérant que le critère de distinction tiendrait à l'existence d'une société simple (art. 530 ss CO) entre les inventeurs du brevet (ce qui justifierait alors l'application des règles sur la propriété commune)⁶.

Quoi qu'il en soit, la loi sur les brevets détermine elle-même certaines prérogatives spécifiques des co-titulaires du droit au brevet. Ainsi la loi dispose-t-elle que lorsque le droit à la délivrance du brevet et le droit au brevet appartiennent à plusieurs, chaque ayant droit ne peut exercer ces droits qu'avec le consentement des autres (art. 33 al. 2 LBI) et qu'une licence d'utilisation du brevet ne peut être accordée à un tiers sans le consentement de tous les ayants droit (art. 34 al. 2 LBI). Par contre, la loi permet à chacun des co-titulaires du droit au brevet de disposer de sa part de façon indépendante et d'intenter individuellement action pour violation du brevet (art. 33 al. 2 i. f. LBI).

En dépit de ces dispositions légales spécifiques, force est cependant de constater que les conséquences juridiques du régime légal de la co-titularité du droit au brevet restent floues. A titre d'exemple significatif, il n'est pas unanimement reconnu en doctrine si un co-titulaire du droit au brevet peut ou non utiliser lui-même le brevet sans requérir l'autorisation des autres co-titulaires du droit⁷. D'autres questions restent également ouvertes, telles que celle de savoir si un co-titulaire a la faculté de concéder une licence sur la seule part du brevet qui lui appartient⁸, à la différence d'une licence portant sur le brevet entier (qui exigerait l'unanimité)⁹, et si la décision de déposer une demande de brevet requiert l'unanimité¹⁰ ou la seule majorité¹¹ des co-inventeurs.

Il en ressort ainsi que le régime légal de la co-titularité des droits sur un brevet reste singulièrement imprécis, de sorte qu'on s'accorde à reconnaître qu'une réglementation contractuelle des droits et obligations des co-titulaires est indispensable¹².

Sous l'angle du droit suisse, les contraintes posées par le régime légal (unanimité requise pour utiliser les droits et pour concéder des licences) auront potentiellement pour conséquence de conduire à une sous-exploitation du brevet, faute d'accord de tous les co-titulaires¹³. Dans un tel système, un seul co-titulaire sera ainsi légalement en mesure de bloquer l'octroi d'une licence à un tiers contre l'avis de tous les autres co-titulaires du brevet, sans que ces derniers ne puissent l'y contraindre de par la loi¹⁴.

Parfois, comme un regard jeté au-delà des frontières (et de l'Atlantique) permet de le constater¹⁵, le régime légal de la co-titularité du droit sur le brevet conduira à un résultat inverse, soit que le brevet risque d'être sur-exploité (et donc de perdre sa valeur de droit exclusif). Ainsi, en droit américain des brevets, chaque co-titulaire est, selon le régime légal, libre de concéder des licences d'utilisation à tout tiers¹⁶, sans en référer aux autres co-titulaires et sans leur payer de quelconques redevances¹⁷. Selon un tel régime, les co-titulaires du brevet sont clairement à la «merci les uns des autres»¹⁸.

Dans cette perspective comparatiste, il est capital de noter que les difficultés liées au statut de la co-titularité des droits seront encore plus aiguës dans le cadre de projets de R & D *internationaux*, dès lors que différents systèmes légaux nationaux – vraisemblablement contradictoires – régissant le régime de la co-titularité des droits trouveront à s'appliquer¹⁹.

Une variété similaire de solutions législatives existe d'ailleurs également quant à la qualité pour agir des co-titulaires en violation du brevet. Alors que le droit suisse permet à chaque co-titulaire du brevet d'intenter indépendamment action en justice pour violation du brevet²⁰, d'autres régimes juridiques (tel que le droit américain) exigent que tous les co-titulaires agissent ensemble en violation du brevet²¹. Dans les deux cas, le régime légal paraît problématique, soit parce que celui-ci empêche pratiquement que des mesures efficaces soient prises pour lutter contre une violation du brevet par des tiers (en raison de l'exigence d'unanimité)²², soit parce que celui-ci permet au contraire que des tiers soient attaqués en justice par un seul co-titulaire du brevet contre la volonté des autres co-titulaires²³.

En somme, le régime légal de la co-titularité des droits sur un brevet paraît souvent inadapté, dès lors que ce régime donne à chacun des co-titulaires une liberté d'action qui n'est *pas optimale*, soit parce que cette liberté est trop *importante* (droit américain), soit parce qu'elle est trop *faible* (droit suisse).

Il convient dès lors d'examiner comment les participants à un projet de R & D conjoint pourront éviter ou à tout le moins aménager le régime de la co-titularité des droits sur le brevet dans le cadre de l'accord de collaboration qu'ils concluent.

4. Définir les droits de PI antérieurs ainsi que leurs conditions d'utilisation

Avant de pouvoir définir l'attribution des droits de PI sur le résultat du projet de R & D conjoint, il est essentiel de définir préalablement quels éventuels droits de PI appartiennent aux participants au projet *avant* le commencement de celui-ci (ces droits de PI antérieurs sont ainsi appelés droits de PI d'arrière-plan, soit «*background IP*»)²⁴. A cet égard, il sera généralement admis que chaque participant au projet conserve la pleine titularité sur ses propres droits de PI antérieurs. Cependant, dès lors que l'exploitation des résultats du projet reposera souvent sur l'utilisation des droits de PI antérieurs, il sera indispensable de définir quelles seront les conditions d'utilisation de ces droits tant dans le cadre du projet qu'après la fin de celui-ci. A défaut d'accord préalable, le risque sera que l'exploitation ultérieure des résultats du projet soit bloquée par un titulaire de droits de PI antérieurs²⁵. Dans cette mesure, l'identification des droits de PI antérieurs ainsi que la détermination des conditions d'utilisation de ces droits seront essentielles. En effet, même si un des participants au projet devait se voir reconnaître la pleine titularité sur une invention créée lors du projet de R & D conjoint, l'utilisation de cette invention pourrait néanmoins être bloquée par un droit de PI antérieur appartenant à un autre participant au projet, faute d'accord de ce dernier.

5. Définir l'attribution des droits de PI créés lors du projet de R & D conjoint ainsi que les conditions d'utilisation de ces droits

Au-delà de la question des droits de PI antérieurs, la question centrale devant être réglée dans le cadre de l'accord de collaboration concernera l'attribution des droits de PI sur les résultats du projet de R & D conjoint (également appelés droits de PI de premier plan, «*foreground IP*»)²⁶ ainsi que les conditions d'utilisation de ces droits. Il est tout d'abord essentiel que les entreprises participantes au projet s'assurent qu'aucun tiers (personnes et institutions extérieures mandatées pour participer au projet, institutions publiques ou privées finançant le projet, etc.) ne devienne co-titulaire des droits de PI, en prenant toutes les mesures nécessaires afin d'éviter cette «fuite» de droits de PI («*IP leakage*»).

L'accord de collaboration devra ensuite définir précisément le processus par lequel les brevets devront être obtenus (qui décide du dépôt et qui finance la/les demande(s) de brevet, qui définit l'étendue matérielle des revendications et l'étendue géographique des demandes de brevet, etc.).

Concernant l'attribution proprement dite des droits sur le brevet, deux approches peuvent être adoptées selon que les participants au projet souhaitent conserver le système de la co-titularité des droits et l'adapter à leurs besoins ou, au contraire, qu'ils préfèrent répartir la titularité des droits entre eux.

Les participants peuvent ainsi décider de maintenir le régime de la co-titularité, tout en aménageant ce régime en fonction de leurs intérêts spécifiques. Sous l'angle du droit suisse, les participants pourront ainsi déroger au régime légal en définissant contractuellement dans quelles circonstances précises²⁷ et à quelles conditions financières²⁸ chaque co-titulaire pourra céder sa part du brevet ou pourra concéder une licence du brevet à un tiers, avec ou sans l'accord préalable des autres co-titulaires. De même, les parties devraient également définir les modalités d'exercice des actions en justice en violation du brevet intentées contre les tiers. Ainsi pourra-t-il être prévu que les co-titulaires s'engagent à obtenir le consentement des autres co-titulaires avant d'ouvrir action en justice, le consentement étant présumé donné faute de réaction dans un délai prédéfini (afin de permettre une action rapide contre les violateurs). De même, les co-titulaires pourront-ils déterminer la manière par laquelle ils collaboreront à une telle action en justice, notamment sur le plan financier.

Il faut cependant être conscient que le maintien du régime de la co-titularité sur les droits du brevet pourra devenir délicat à la fin du projet de R & D conjoint (ou lors de la dissolution de la société de *joint-venture* qui serait titulaire des droits de PI sur les résultats du projet conjoint). Il conviendra dès lors de prévoir une stratégie de sortie («*exit strategy*») définissant le sort des droits de PI après la fin du projet ou de la *joint-venture*, en permettant par exemple à un co-titulaire du droit sur le brevet d'acquiescer la part des autres à des conditions prédéfinies.

Une deuxième solution d'attribution des droits de PI serait de répartir les droits de PI entre les différents participants au projet

de R & D conjoint, en fonction du champ d'application des futurs brevets²⁹. Dans une telle hypothèse, chaque participant deviendra le propriétaire des brevets propres à son domaine d'activité, alors que les autres participants se verront contractuellement concéder une licence d'utilisation sur ces brevets. Cette attribution des droits de PI restera toutefois délicate à mettre en œuvre pour certains brevets jouissant d'un large domaine d'application (soit ceux qui ne sont pas restreints à un seul domaine) de même que lorsque les participants seront actifs dans les mêmes domaines. De plus, il conviendra également de prendre en compte que l'attribution des droits de PI exclusivement à un des participants au projet de R&D conjoint devra respecter les exigences posées par le droit de la concurrence³⁰.

6. Conclusion

Le défi de la recherche scientifique en général, et des projets de R & D conjoints en particulier, tient notamment à l'incertitude existant quant aux résultats scientifiques et commerciaux auxquels ces projets pourront potentiellement aboutir³¹.

Cette incertitude scientifique et commerciale ne doit cependant pas se propager dans le domaine juridique, dans lequel la clarté et la sécurité doivent impérativement régner. Il est donc indispensable que l'attribution des droits de PI de même que les modalités d'obtention, d'utilisation et de défense de ces droits soient clairement réglées contractuellement, et ce préalablement au lancement du projet de R & D conjoint³².

En guise de conclusion, il est important de garder à l'esprit qu'une réglementation optimale de l'attribution et des conditions d'utilisation des droits de PI, tout particulièrement des brevets, n'est pas seulement essentielle pour les participants au projet, mais l'est également pour tous les autres acteurs du marché (en particulier pour les investisseurs, les créanciers ainsi que les partenaires scientifiques et commerciaux des entreprises et institutions participantes). En effet, pour ces derniers, la valeur d'un projet de R & D conjoint, et partant, la qualité des entreprises et institutions qui y participent, sera en particulier mesurée en fonction de l'efficacité avec laquelle les droits de PI résultant du projet pourront être *efficacement* commercialisés et protégés contre des violations commises par des tiers.

1 Ces accords de collaboration reposeront tantôt sur la création d'une société de joint-venture par les participants au projet (*corporate joint ventures*), tantôt sur une seule base contractuelle (*contractual joint ventures*).

2 En raison de l'importance fondamentale des brevets dans le domaine de la recherche et du développement, cet article se concentrera sur ce type spécifique de droits de PI, étant entendu que des problèmes similaires se posent également pour d'autres catégories de droits de propriété intellectuelle (notamment en matière de droit d'auteur et de droit du *design*).

3 Art. 3 al. 1 de la loi fédérale sur les brevets d'invention (LBI) du 25 juin 1954, RS 232.14.

4 Art. 332 al. 1 CO (inventions et designs de service).

5 P. Münch/N. Herzog, in: Schweizerisches und europäisches Patentrecht (C. Bertschinger/P. Münch/T. Geiser eds.), Bâle 2002, n° 5.26–5.28 p. 172.

- 6 Dans ce sens, R. Blum/M. M. Pedrazzini, *Das schweizerische Patentrecht*, 2^e éd., Berne 1975, vol. I, n° 19 ad art. 3, p. 306; voir cependant Münch/Herzog, n° 5.28 p. 173 (considérant que le régime légal spécifique de la LBI prime les règles générales du Code civil, et que l'existence d'un contrat préalable ne permet pas *en soi* de conclure à l'existence d'une propriété commune sur le brevet).
- 7 Pour: E. Marbach, *Rechtsgemeinschaften an Immaterialgütern*, Berne 1987, p. 154; pas tranché: P. Heinrich, *Kommentar zum Schweizerischen Patentgesetz*, Zurich 1998, n° 3.16 ad art. 3 (indiquant que la solution dépend de savoir s'il s'agit en l'espèce d'une copropriété ou d'une propriété commune); contre: Blum/Pedrazzini, vol. I, n° 20 ad art. 3, p. 312.
- 8 On peut d'ailleurs se demander quels droits spécifiques pourront être concrètement concédés par un co-titulaire dans le cadre d'une licence portant sur une seule part d'un brevet.
- 9 Pour: Blum/Pedrazzini, vol. II, n° 14 ad art. 33, p. 308; contre: Marbach, p. 163.
- 10 Münch/Herzog, n° 5.29 p. 174.
- 11 K. Troller, *Manuel du droit suisse des biens immatériels*, Bâle 1996, vol. I, p. 468.
- 12 Aussi peut-on lire que le régime légal de la co-titularité des droits sur un brevet est pratiquement toujours problématique sans réglementation contractuelle des droits et obligations des co-titulaires, Heinrich, n° 3.16 ad art. 3; dans le même sens: Blum/Pedrazzini, vol. I, n° 20 ad art. 3, p. 312.
- 13 Ainsi, un co-titulaire du brevet pourrait céder sa part du brevet à un tiers (concurrent des autres co-titulaires) dans le seul but de bloquer l'utilisation du brevet par les autres co-titulaires. En effet, le concurrent pourra s'opposer à toute utilisation du brevet et à toute concession de licence, en vertu du régime légal de la co-titularité des droits sur le brevet qui requiert l'unanimité.
- 14 Par comparaison (et par contraste), un co-titulaire d'un droit d'auteur (co-auteur) ne peut refuser son accord à une utilisation de l'oeuvre «pour des motifs contraires à la bonne foi» (art. 7 al. 3 LDA).
- 15 Voir le dossier (comportant plusieurs rapports nationaux) *Allocations of Ownership of Inventions in Joint Development Agreements*, *Les Nouvelles, Journal of the Licensing Executives Society*, vol. 35 (2000), n° 4, p. 167 ss.
- 16 35 U. S. C. 262 (US Patent Act): «in the absence of any agreement to the contrary, each of the joint owners of a patent may make, use offer to sell, or sell the patented invention within the United States, or import the patented invention into the United States without the consent of and without accounting to the other owners».
- 17 Voir *Schering Corp. & Roussel-Uclaf S. A. v. Zeneca, Inc.*, 104 F.3d 341, 344 (Fed. Cir. 1997): «Each co-owner's ownership rights carry with them the right to license others, a right that also does not require the consent of any other co-owner».
- 18 Voir *Willingham v. Lawton*, 555 F.2d 1340, 1344 (6th Cir. 1977) («... at the mercy of each other»).
- 19 En effet, dans le cadre de collaborations internationales, la (co-) titularité sur le droit de PI, ainsi que les conséquences juridiques de cette (co-) titularité se détermineront selon le droit du pays de protection (art. 110 al. 1 LDIP), et seront donc indépendantes de l'hypothétique élection du droit applicable qui aurait été faite dans le cadre du contrat de collaboration (art. 116 al. 1 LDIP); sur la distinction entre le statut du droit de la propriété intellectuelle (*Immaterialgüterstatut*, art. 110 LDIP) et le statut des contrats portant sur la propriété intellectuelle (*Vertragsstatut*, art. 122 LDIP), voir G. Jegher/A. K. Schnyder, in: *Kommentar zum Schweizerischen Privatrecht, Internationales Privatrecht*, Bâle 1996, n° 11 ad art. 122 et M. Novier, *La propriété intellectuelle en droit international privé suisse*, Genève 1996, p. 222 ss.
- 20 Art. 33 al. 2 LBI.
- 21 *Ethicon, Inc. v. United States Surgical Corp.*, 135 F.3d 1456, 1468 (Fed. Cir. 1998).
- 22 Ceci d'autant plus que la protection efficace des brevets (et plus généralement des droits de PI) exige très fréquemment une réaction rapide du (des) titulaire(s) du droit de PI violé, qui prend la forme d'une action par voie de mesures provisionnelles, voire superprovisionnelles.
- 23 Dans l'affaire *Schering/Zeneca* précitée sous note 17, l'action avait été précisément intentée par un co-titulaire, alors que l'autre co-titulaire négociait une licence d'utilisation du brevet avec le tiers attaqué en justice.
- 24 Voir le Rapport du groupe d'experts sur le rôle et l'utilisation stratégique des droits de propriété intellectuelle dans le cadre de collaborations de recherche internationales («Report of the Expert Group on Role and Strategic Use of IPR (Intellectual Property Rights) in International Research Collaborations»), avril 2002, p. 35; ce rapport a été préparé sur mandat de la Commission Européenne et est accessible à http://europa.eu.int/comm/research/era/pdf/ipr-eur-20_230_en.pdf (ci-après: «Rapport du groupe d'experts»).
- 25 Certes, la loi (art. 36 al. 1 LBI) octroie une licence légale au titulaire d'une invention dépendante (soit une invention faisant l'objet d'un brevet postérieur qui ne peut pas être utilisée sans violer un brevet antérieur), mais les conditions d'application de cette disposition sont relativement restrictives, dans la mesure où l'octroi de la licence légale dépend de la preuve que la nouvelle invention dépendante «présente un progrès technique important d'un intérêt économique considérable»; cette disposition met en oeuvre l'art. 31 lit. I de l'Accord sur les aspects des droits de propriété intellectuelle qui touchent au commerce (ADPIC), Annexe 1.C de l'Accord instituant l'Organisation mondiale du commerce, RS 0.632.20.
- 26 Rapport du groupe d'experts, p. 35.
- 27 P. ex. interdiction de céder sa part du brevet ou d'octroyer une licence à un concurrent d'un des participants au projet.
- 28 P. ex. paiement aux autres co-titulaires sous la forme d'un pourcentage du prix de vente de la part du brevet ou d'un pourcentage de la redevance de la licence convenue avec le tiers preneur de licence.
- 29 Voir la proposition faite par T. Gene Dillahunty, *How To (And How Not To) Deal With Inventorship In Joint Agreements*, *Les Nouvelles, Journal of the Licensing Executives Society*, vol. 37 (2002), n° 1, p. 1 ss.
- 30 Dans l'Union Européenne, la réglementation applicable est le Règlement (CE) n° 2659/2000 de la Commission du 29 novembre 2000 concernant l'application de l'article 81, paragraphe 3, du traité à des catégories d'accords de recherche et de développement, JOCE 2000 du 5 décembre 2000, L 304, p. 7; ce Règlement est entré en vigueur le premier janvier 2001 (et le restera jusqu'au 31 décembre 2010); l'art. 3 (3) de ce Règlement dispose ainsi que «dans le cas où l'accord de recherche et de développement ne concerne que la recherche et le développement en commun, chacune des parties doit être libre d'exploiter indépendamment les résultats de la recherche et du développement en commun ainsi que le savoir-faire préexistant nécessaire aux fins d'une telle exploitation».
- 31 Voir le Rapport du groupe d'experts, p. 36, notant qu'il est «in the nature of research that results are often (usually?) not exactly what was expected or planned».
- 32 Dans cette perspective, il est également essentiel que l'accord de collaboration institue un mécanisme de résolution des litiges rapide et efficace, voir le Rapport du groupe d'experts, p. 36.

Daniel Hunkeler*

Revue einiger Entscheidungen der Schuldbetreibungs- und Konkurskammer des Bundesgerichts (1. Teil)

Die juristische Internetzeitschrift «Jusletter»¹ orientiert ihre Leser seit Frühjahr 2000 wöchentlich über die aktuellste Rechtsentwicklung, insbes. auch über die Rechtsprechung des Bundesgerichts. Der Autor kommentierte im «Jusletter» letztes Jahr Entscheidungen der Schuldbetreibungs- und Konkurskammer des Bundesgerichts, auch solche, von denen eine amtliche Publikation oder eine Abhandlung in Printmedien nicht unbedingt zu erwarten war. In dieser und in der nächsten Ausgabe wird eine Auswahl² dieser Beiträge veröffentlicht.

Nachfolgend werden zunächst zwei Bundesgerichtsentscheidungen zu den beiden wichtigsten Arten der Zwangsverwertung, dem Freihandverkauf und der öffentlichen Versteigerung vorgestellt. Im ersten Entscheid (BGE 7B.220/2001 vom 20. 11. 2001) ging es um die Frage, ob eine vom Betreibungsamt beim Freihandverkauf einem Kaufinteressenten angesetzte Frist von 10 Tagen zur Unterbreitung eines höheren Angebots und zur Leistung von Sicherheit in Millionenhöhe unzumutbar kurz sei. Das Bundesgericht führte dazu aus, dass die Frist jedenfalls dann ausreichend sei, wenn es dem Kaufinteressenten schon vorher möglich und zumutbar gewesen sei, die nötigen Vorbereitungs-handlungen zu treffen, was vorliegend zutraf.

Im zweiten Entscheid (BGE 7B.34/2002 vom 10. Juli 2002) war der Fall zu beurteilen, in dem ein Betreibungsamt im Rahmen einer öffentlichen Versteigerung einer Liegenschaft die Steigerungsbedingungen zwar öffentlich aufgelegt, jedoch wenige Tage vor der Versteigerung in Einzelpunkten ohne Formalitäten nochmals abgeändert hatte. Das Bundesgericht hielt fest, dass das Betreibungsamt damit seine Verpflichtung zur Erzielung eines bestmöglichen Verwertungsergebnisses verletzt habe, nachdem die geänderten Steigerungsbedingungen möglicherweise einen anderen Interessentenkreis angesprochen hätten.

Mit dem dritten Fall schliesslich (BGE 7B.92/2002 vom 29. Juli 2002) wird in kritischer Weise ein Anschauungsbeispiel dafür aufgezeigt, wie Beschwerdeführer immer wieder mit offensichtlich aussichtslosen Beschwerden die Schuldbetreibungs- und Konkurskammer des Bundesgerichts beschäftigen und dabei von der grundsätzlichen Kostenlosigkeit des Beschwerdeverfahrens profitieren.

Recht zum Höhergebot beim Freihandverkauf im Konkurs – Kommentar zum Bundesgerichtsentscheid vom 20. November 2001 (7B.220/2001; publiziert im Jusletter vom 11. Februar 2002; keine BGE-Publikation vorgesehen)

Eine vom Betreibungsamt angesetzte Frist von zehn Tagen zur Unterbreitung eines höheren Angebots und zur gleichzeitigen

Sicherheitsleistung beim Freihandverkauf im Konkurs verletzt Art. 256 Abs. 3 SchKG jedenfalls dann nicht, wenn es dem Kaufinteressenten schon vorher möglich und zumutbar war, die nötigen Vorbereitungs-handlungen für die Einreichung eines höheren Kaufangebots zu treffen.

Entscheid

Im Konkurs einer Aktiengesellschaft wurde A. in ihrer Eigenschaft als Aktionärin der Gemeinschuldnerin eine Verfügung der Konkursverwaltung zugestellt, mit welcher ihr im Rahmen eines geplanten Freihandverkaufs von Hotelliegenschaften (samt Zuhör) Gelegenheit im Sinne von Art. 256 Abs. 3 SchKG eingeräumt wurde, innert einer Frist von zehn Tagen ein der Konkursverwaltung vorliegendes Kaufangebot im Betrag von CHF 17 Mio. zu überbieten und gegebenenfalls gleichzeitig einen unwiderruflichen Finanzierungsnachweis einer Schweizer Bank beizubringen.

Gegen diese Verfügung erhob A. fristgerecht Beschwerde bei der (einzigen) Aufsichtsbehörde des Kantons Bern mit dem Antrag, es sei ihr und den Gläubigern die Frist auf mindestens dreissig Tage anzusetzen. Die kantonale Aufsichtsbehörde hob die gegenüber A. erlassene Verfügung der Konkursverwaltung von Amtes wegen auf und schrieb das Beschwerdeverfahren als gegenstandslos geworden ab. Ihren Entscheid begründete die Aufsichtsbehörde damit, dass Art. 256 Abs. 3 SchKG auf die Beschwerdeführerin in ihrer Eigenschaft als Aktionärin im vorliegenden Fall nicht anwendbar sei. Zwar sei Art. 256 Abs. 3 SchKG nach der Praxis über seinen Wortlaut hinaus auch auf andere Erlösanwärter als die Gläubiger anzuwenden, beispielsweise auf die Aktionäre einer Gemeinschuldnerin. Dies jedoch nur unter der Voraussetzung, dass nach Deckung sämtlicher Passiven mit einem Liquidationsüberschuss gerechnet werden könne. Da im vorliegenden Fall sogar die Beschwerdeführerin selber nicht von einem derartigen Überschuss ausgehe, stehe ihr kein Höhergebotrecht zu, weshalb die angefochtene Verfügung ohne Rechtsgrund erlassen und damit von Amtes wegen aufzuheben sei.

Im nachfolgenden Beschwerdeverfahren vor der bundesgerichtlichen Schuldbetreibungs- und Konkurskammer stellte A. dasselbe Rechtsbegehren wie im kantonalen Verfahren. Das Bundesgericht wies die Beschwerde ab und führte zur Begründung folgendes aus:

Ob Art. 256 Abs. 3 SchKG auf die Beschwerdeführerin in ihrer Eigenschaft als Aktionärin der konkursiten Gesellschaft anwendbar sei oder gegenteils die konkursamtliche Verfügung von der kantonalen Aufsichtsbehörde zu Recht widerrufen worden sei, könne offen bleiben. Selbst wenn Art. 256 Abs. 3 OR auf die Be-

* Dr. iur. Daniel Hunkeler, LL. M., ist Rechtsanwalt bei Schumacher Baur Hürlimann, Zürich und Baden.

schwerdeführerin in ihrer Eigenschaft als Aktionärin anwendbar sei, wäre die gerügte Frist von zehn Tagen nicht als unangemessen zu beurteilen.

Im von der Beschwerdeführerin angerufenen Entscheid BGE 88 III 68 ff. sei im Rahmen eines Freihandverkaufs einer Liegenschaft die Ansetzung einer Frist von 12 Tagen an nicht schon vorher zum Kauf entschlossene Interessenten zur Einreichung eines Höhergebots und zur Sicherstellung eines Kapitalbetrags von CHF 13 Mio. bis CHF 14 Mio. zu beurteilen gewesen. Hinsichtlich dieser Frist habe das Bundesgericht unter den gegebenen Umständen festgestellt, sie sei zu knapp bemessen.

Im vorliegenden Fall erscheine jedoch die der Beschwerdeführerin angesetzte Frist von 10 Tagen infolge Vorliegens besonderer Verhältnisse als genügend. Die Beschwerdeführerin habe selber ausgeführt, dass ihr die Konkursverwaltung schon mehr als fünf Monate vor dem Erlass der angefochtenen Verfügung schriftlich zugesichert habe, zu gegebener Zeit Gelegenheit zur Unterbreitung eines Höhergebots zu erhalten. Die Beschwerdeführerin habe damit vor Bekanntgabe des letzten Termins für ein allfälliges Überbieten mehrere Monate Zeit gehabt, um Abklärungen im Hinblick auf den Erwerb der zu veräussernden Liegenschaften zu treffen und sich mit Finanzinstituten in Verbindung zu setzen und diesen die notwendigen Daten zu ihrer wirtschaftlichen Lage und zu den Liegenschaften zukommen zu lassen. Damit sei die Beschwerdeführerin ohne weiteres in der Lage gewesen, von möglichen Geldgebern einen (vorläufigen) Entscheid zu erwirken, welcher dann im Lichte der für den Freihandverkauf eingegangenen Offerte(n) höchstens nochmals zu überprüfen gewesen wäre, wozu die eingeräumten zehn Tage ausgereicht hätten.

Kommentar

Gemäss Art. 256 Abs. 1 SchKG werden die zur Masse gehörenden Gegenstände auf Anordnung der Konkursverwaltung öffentlich versteigert oder, falls die Gläubiger es beschliessen, freihändig verkauft. Gemäss Art. 256 Abs. 3 SchKG dürfen Vermögensgegenstände von bedeutendem Wert und Grundstücke nur freihändig verkauft werden, wenn die Gläubiger vorher Gelegenheit erhalten haben, höhere Angebote zu machen. Letztere Bestimmung wurde mit der per 1. Januar 1997 in Kraft getretenen Revision des SchKG neu in das Gesetz aufgenommen. Vor der Revision des SchKG bestand aufgrund der bundesgerichtlichen Rechtsprechung auch ohne eine solche Bestimmung ein Höhergebotsrecht der Gläubiger, welches diesen in sachlich weitergehender Weise bei jedem Freihandverkauf ein Recht auf ein Höhergebot einräumte (vgl. BGE 101 III 52 E. 3c S. 56 f., m.w.H.). Das Höhergebotsrecht wurde vom Bundesgericht mit dem Grundsatz der Gläubigergleichbehandlung begründet, wonach sämtliche Gläubiger ungeachtet ihrer Aussichten auf Befriedigung im Konkurs Anspruch auf gleiche Behandlung durch die Konkursorgane hätten (vgl. BGE 50 III 66 E. 1 S. 67; 63 III 85 S. 87).

Der Grundsatz der Gläubigergleichbehandlung ist auch die wesentliche ratio legis der neu in das SchKG aufgenommenen Bestimmung von Art. 256 Abs. 3 SchKG. Zudem haben die Gläubi-

ger Anspruch auf ein möglichst hohes Liquidationsbetreffnis, weshalb zumindest beim Freihandverkauf von Aktiven von bedeutendem Wert, insbesondere von Grundstücken, ein Recht zum Höhergebot bestehen muss. Der Zweck der Bestimmung liegt jedoch nicht darin, den Gläubigern einen Anspruch auf Erwerb von Konkursaktiven in natura einzuräumen. Die Gläubiger haben im Konkurs lediglich Anspruch auf Verwertung der Massegegenstände und auf Befriedigung aus dem Liquidationserlös, nicht auf die Massegegenstände selber (sog. Versilberungsprinzip).

Weiterhin nicht gesetzlich geregelt ist die Frist, innert welcher den Gläubigern Gelegenheit zur Unterbreitung eines Höhergebots (und allenfalls zur Sicherstellung des Angebotspreises) zu geben ist. Schon vor der Revision des SchKG stand fest, dass diese Frist von den Vollstreckungsorganen in pflichtgemässer Ausübung ihres Ermessens festzusetzen ist, wobei für den Regelfall von einer Mindestfrist von zehn Tagen ausgegangen wurde (vgl. LORANDI Franco, Der Freihandverkauf im schweizerischen Schuldbetreibungs- und Konkursrecht, Diss. 1994, S. 319, m.w.H.). Im bereits erwähnten Entscheid BGE 88 III 68 ff. war der Fall zu beurteilen, in welchem Interessenten, die sich nicht schon vorher zum Freihandkauf entschlossen hatten und die damit auch keine Vorbereitungen für Offertstellung und Sicherheitsleistung getätigt hatten, eine Frist von lediglich zwölf Tagen angesetzt worden war zur Einreichung eines Höhergebots für eine Liegenschaft und zur gleichzeitigen Leistung einer Bankgarantie in der Höhe von CHF 13 Mio.–CHF 14 Mio. Diese Frist wurde vom Bundesgericht als «offenkundig viel zu kurz» bzw. als «Akt der Willkür» bezeichnet (BGE 88 III 68 ff., E. 3c S. 83 f.).

Die schon vor der Revision des SchKG für die Bemessung einer Frist zum Höhergebot und gegebenenfalls zur gleichzeitigen Sicherheitsleistung geltenden Grundsätze müssen grundsätzlich auch für die neu in das Gesetz aufgenommene Bestimmung von Art. 256 Abs. 3 SchKG gelten. Nachdem allerdings nur noch Vermögensgegenstände von bedeutendem Wert und Grundstücke dem Recht auf Höhergebot unterliegen, sind die früher für Fahrnis bzw. für Vermögensgegenstände von geringerem Wert geltenden Fristen nicht mehr unbesehen anwendbar.

In jedem Fall ist bei der Fristeinräumung auf die Umstände des konkreten Einzelfalls abzustellen, insbesondere darauf, ob und inwieweit ein Kaufinteressent schon vor der formellen Fristansetzung der Vollstreckungsorgane Kenntnis vom geplanten Freihandverkauf hatte und ob es ihm möglich und zumutbar war, die für die Einreichung einer Offerte erforderlichen Vorkehrungen zu treffen (beispielsweise Besichtigung des zu verkaufenden Objekts, Meinungsbildung über die Höhe des einzureichenden Angebots, Gespräche mit Kapitalgebern etc.). Die Frage, ob gleichzeitig mit dem Höhergebot eine Sicherheitsleistung beizubringen ist, ist ebenso von Bedeutung wie die Höhe eines allfällig sicherzustellenden Betrags. Da im vorliegenden Fall die Beschwerdeführerin offensichtlich bereits Monate vorher als Kaufinteressentin feststand und sie nähere Kenntnisse über die freihändig zu verkaufenden Objekte hatte, war ihre Berufung auf eine zu kurze Frist klarerweise zu Unrecht bzw. rechtsmissbräuchlich erfolgt. Dem bundesgerichtlichen Entscheid ist diesbezüglich deshalb zuzustimmen.

Aufgrund des Wortlauts von Art. 256 Abs. 3 SchKG steht lediglich den Gläubigern ein Recht zum Höhergebot zu. Doch erscheint es sachrichtig, auch den Gesellschaftern einer konkursiten Gesellschaft (im vorliegenden Fall den Aktionären) Gelegenheit zum Höhergebot einzuräumen, wenn nach Bezahlung sämtlicher Gläubiger und sämtlicher Kosten des Konkursverfahrens (ausnahmsweise) ein Aktivenüberschuss erwartet werden kann. In solchen Fällen profitiert auch die konkursite Gesellschaft vom Aktivenüberschuss und mit ihr deren Gesellschafter, weshalb es gerechtfertigt ist, auch letzteren Gelegenheit zum Höhergebot zu geben (gl. M: LORANDI, a. a. O., S. 316 f., 321). Im vorliegenden Fall hatte das Bundesgericht die Frage ausdrücklich offengelassen, doch hatte es vor der Revision des SchKG entschieden, dass Aktionären unter der genannten Prämisse Gelegenheit zum Höhergebot einzuräumen ist (vgl. BGE 87 III 111 ff. E. 3b S. 117; 88 III 28 ff. E. 6 S. 39).

Fraglich ist indes, ob den Gesellschaftern einer Konkursitin ein eigenes *Recht* zum Höhergebot zuzugestehen ist (so offenbar LORANDI, a. a. O., S. 316 f., 321), oder ob die Konkursverwaltung nur gegenüber der konkursiten *Gesellschaft* verpflichtet ist, den Gesellschaftern Gelegenheit zum Höhergebot einzuräumen. Unseres Erachtens trifft letzteres zu, d. h. es ist ein selbständiges Recht der Gesellschafter auf ein Höhergebot zu verneinen und lediglich ein Recht der konkursiten Gesellschaft auf eine Höhergebotsmöglichkeit ihrer Gesellschafter zu bejahen. Die Möglichkeit zum Höhergebot steht den Gesellschaftern nicht um ihrer selbst willen zu, sondern sie besteht im Interesse der konkursiten Gesellschaft, nachdem ein allfälliger Aktivenüberschuss der Gesellschaft und nicht ihren Gesellschaftern zufällt und letztere nur indirekt (über ihre Beteiligung) profitieren.

Diese Auffassung deckt sich mit der vor der Revision des SchKG ergangenen Rechtsprechung des Bundesgerichts. Dieses hatte festgehalten, einem einzelnen Aktionär einer Gemeinschaftschuldnerin könne keine Beschwerdelegitimation zukommen, da das Aktionärsinteresse im Konkursverfahren nur insoweit Schutz verdiene, als es mit demjenigen der sich im Konkurs befindlichen Gesellschaft übereinstimme. Letztere sei jedoch in der Lage, ihre Interessen auch ohne Hilfe der Aktionäre durch ihre eigenen Organe wahrzunehmen (vgl. BGE 53 III 107 ff. S. 112; 88 III 28 ff. E. 2b S. 35 f.; 88 III 68 ff. E. 2d S. 79).

Das Bundesgericht hätte unseres Erachtens daher ein Recht der Beschwerdeführerin auf ein Höhergebot aus dem doppelten Grund verneinen können, dass erstens kein Aktivenüberschuss zu erwarten war und zweitens Aktionäre kein eigenes Höhergebotsrecht haben. Das Bundesgericht liess diese Fragen jedoch offen, möglicherweise weil ihm daran gelegen war, einige der erwähnten Grundsätze zum Höhergebotsrecht in Erinnerung zu rufen und der Beschwerdeführerin aufzuzeigen, dass die Rüge der zu kurzen Frist unbegründet war. Nicht ganz nachvollziehbar erscheint hingegen, weshalb das Bundesgericht als Folge seiner Argumentation nicht auch zum Beschwerdeantrag der Beschwerdeführerin Stellung nahm, es sei auch den Gläubigern eine längere Frist zum Höhergebot einzuräumen. Wenn nämlich ein Aktionär in seiner Rüge gehört wird, es sei ihm selber eine zu kurze Frist

angesetzt worden, muss dies auch für den Fall gelten, dass er eine gegenüber den Gläubigern angesetzte Frist als unangemessen rügt. Auch im letzteren Fall wäre sein (möglicher) Anspruch auf ein grösstmögliches Liquidationsbetreffnis verletzt.

Wie über die diesbezügliche Rüge materiell zu entscheiden gewesen wäre, lässt sich aufgrund der Sachverhaltsdarstellung im bundesgerichtlichen Entscheid nicht voraussagen. Beispielsweise geht aus dem bundesgerichtlichen Urteil nicht zweifelsfrei hervor, ob den Gläubigern tatsächlich nur eine Frist von zehn Tagen zum Höhergebot angesetzt worden war, und ob allenfalls auch die Gläubiger rechtzeitig vor dem Erlass der fraglichen konkursamtlichen Verfügung Kenntnis vom geplanten Freihandverkauf und von dem der Konkursverwaltung vorliegenden Kaufangebot hatten.

Nachträgliche Abänderung der Steigerungsbedingungen – Kommentar zum Bundesgerichtsentscheid vom 10. Juli 2002 (7B.34/2002; publiziert im Jusletter vom 4. November 2002; auszugsweise BGE-Publikation erfolgt)

Stellt sich im Rahmen einer Versteigerung eines Grundstücks heraus, dass in den aufgelegten Steigerungsbedingungen zu Unrecht nicht auf die Anwendbarkeit des BGG bzw. auf die sich daraus ergebende Bewilligungspflicht hingewiesen wurde, sind die Steigerungsbedingungen unter Beachtung des in Art. 52 VZG festgelegten Verfahrens abzuändern bzw. zu ergänzen, neu aufzulegen und bekannt zu machen.

Entscheid

Im Rahmen einer Betreuung auf Pfandverwertung führte das Betreibungsamt Z. am 14. Dezember 2001 die Steigerung einer Liegenschaft durch, welche zirka je zur Hälfte in der Landwirtschaftszone und in der Wohnzone lag. Das Betreibungsamt ging ursprünglich davon aus, die zu verwertende Liegenschaft falle nicht unter das Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht (BGG), weshalb in den aufgelegten Steigerungsbedingungen ein Hinweis auf dieses Gesetz unterblieb. Nachdem sich das Amt wenige Tage vor dem Steigerungstermin vom Gegenteil überzeugt hatte, teilte es dies (telefonisch) verschiedenen Beteiligten mit, unter anderem Schuldner A. Überdies gab es am Steigerungstag dem Gantpublikum bekannt, dass für den Erwerb des Grundstücks im Sinne von Art. 67 BGG eine Bewilligung der zuständigen Behörde notwendig sei.

Nach Durchführung der Versteigerung erhoben A. und weitere Beschwerdeführer am 3. Januar 2002 Beschwerde beim Obergericht von Appenzell A. Rh. als Aufsichtsbehörde für Schuldbetreuung und Konkurs mit dem Antrag, der Steigerungszuschlag sei aufzuheben und das Betreibungsamt sei anzuweisen, den nichtlandwirtschaftlichen Teil des zu verwertenden Grundstücks gemäss der kommunalen Zonenplangrenze durch Neuauflage der Steigerungsbedingungen festzulegen und die Verwertung der beiden Teilstücke zu wiederholen. Am 30. Januar 2002 wies die kantonale Aufsichtsbehörde die Beschwerde ab. Hierauf ge-

langten A. und weitere Beschwerdeführer rechtzeitig mittels Beschwerde an die Schuldbetreibungs- und Konkurskammer des Bundesgerichts. Das Bundesgericht hiess mit Urteil vom 10. Juli 2002 die Beschwerde teilweise gut, soweit es auf sie eintrat, hob den Entscheid der Aufsichtsbehörde auf und wies die Sache im Sinne seiner Erwägungen zur Neu Beurteilung an die Vorinstanz zurück.

Zur Begründung hielt das Bundesgericht im Wesentlichen folgendes fest: Die Steigerungsbedingungen bilden (zusammen mit dem Lastenverzeichnis) die Grundlage der bevorstehenden Steigerung; sie bestimmen die Art und Weise der Steigerung, namentlich auch die Modalitäten des Zuschlags (AMONN/GASSER, Grundriss des Schuldbetreibungs- und Konkursrechts, 6. Auflage, § 28 Rz 47). Art. 134 Abs. 1 SchKG bestimmt, dass die Steigerungsbedingungen in ortsüblicher Weise aufzustellen und so einzurichten sind, dass sich ein möglichst günstiges Ergebnis erwarten lässt. Mit den Steigerungsbedingungen sollen vor allem auch diejenigen Personen angesprochen werden, die an der spezifischen Nutzung interessiert sind, die das zu verwertende Grundstück allenfalls zulässt. Nachträgliche Abänderungen der Steigerungsbedingungen sind nach Art. 52 VZG nur zulässig, wenn diese neu aufgelegt, publiziert und den Beteiligten nach Massgabe von Art. 139 SchKG zur Kenntnis gebracht werden. Dies gilt jedenfalls bei Änderungen in Punkten, die den erwähnten Zweck betreffen und deshalb zum notwendigen Inhalt der Steigerungsbedingungen gehören. Im Hinblick auf das anzustrebende bestmögliche Verwertungsergebnis ist es bei einem landwirtschaftlichen Grundstück unerlässlich, mit einem Hinweis auf das BGGB (auch) in den Steigerungsbedingungen die besonderen Eigenschaften des Grundstücks hervorzuheben. Da dies im vorliegenden Fall nicht geschehen ist, wurde gegen Bundesrecht verstossen und rechtfertigt sich die Aufhebung des mit der Beschwerde angefochtenen Steigerungszuschlags.

Allerdings hielt das Bundesgericht fest, dass der Zuschlag nicht etwa nichtig sei. Es liege kein Verstoss gegen eine Bestimmung vor, die im öffentlichen Interesse oder im Interesse der am Verfahren nicht Beteiligten erlassen worden sei (vgl. Art. 22 Abs. 1 SchKG). Die Durchsetzung des BGGB sei ohnehin dadurch gewährleistet, dass der Steigerungszuschlag aufgehoben werde, falls der Ersteigerer nicht in der Lage sei, fristgerecht eine Bewilligung beizubringen (Art. 67 Abs. 2 BGGB). In Frage stehe hier einzig die Pflicht des Betreibungsamtes, das bestmögliche Steigerungsergebnis anzustreben, weshalb es ausschliesslich um die Interessen des Schuldners und von am Verwertungsobjekt berechtigten Personen gehe (vgl. JAEGER/WALDER/KULL/KOTTMANN, Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs, 4. Auflage, N 14 zu Art. 125). Da das Betreibungsamt den Beschwerdeführern vier Tage vor dem Steigerungstermin telefonisch mitgeteilt habe, dass das zu verwertende Grundstück entgegen seiner früheren Annahme vom BGGB erfasst werde, sich Ausführungen zum Inhalt des Telefongesprächs dem angefochtenen Entscheid jedoch nicht entnehmen liessen, stelle sich unter den hier gegebenen tatsächlichen Verhältnissen die Frage, ob die verfahrenswidrige Ergänzung der Steigerungsbedingungen durch die ge-

gen den Zuschlag erhobene Beschwerde rechtzeitig gerügt worden sei. Je nach dem Inhalt des fraglichen Telefongesprächs hätten die Beschwerdeführer unter anderem die Verschiebung der Versteigerung mit Beschwerde an die kantonale Aufsichtsbehörde verlangen müssen und nicht untätig die Erteilung des Zuschlags abwarten dürfen.

Kommentar

Dem Entscheid des Bundesgerichts ist zuzustimmen. Gemäss Art. 134 SchKG sind die Steigerungsbedingungen vom Betreibungsbeamten so einzurichten, dass sich ein möglichst günstiges Ergebnis erwarten lässt und mindestens 10 Tage vor der Steigerung im Lokal des Betreibungsamtes zu jedermanns Einsicht aufzulegen. In der öffentlichen Bekanntmachung der Steigerung wird gemäss Art. 138 Abs. 2 Ziff. 2 SchKG bekannt gegeben, von welchem Tage an die Steigerungsbedingungen aufliegen. Art. 52 VZG präzisiert, dass nachträgliche Abänderungen der Steigerungsbedingungen u. a. nur zulässig sind, wenn sie neu aufgelegt und publiziert werden.

Da an der Versteigerung möglicherweise andere Angebote unterbreitet worden wären und/oder andere Interessenten teilgenommen hätten, wenn zum Vorherin auf die Anwendbarkeit des BGGB hingewiesen worden wäre, wurde mit dem Verfahrensfehler des Betreibungsamtes die Pflicht verletzt, die Steigerungsbedingungen so einzurichten, dass sich ein möglichst günstiges Ergebnis erwarten lässt. Das Betreibungsamt hätte die Steigerung demnach absetzen und nach Art. 52 VZG verfahren müssen (vgl. dazu SchKG-RUTZ, N 14 zu Art. 125).

Zu beachten ist auch, dass die Beschwerdeführer allenfalls bereits vor der Versteigerung hätten aktiv werden müssen, um ihr Beschwerderecht gegen den Steigerungszuschlag nicht zu verwirken, dass ihr Teilerfolg vor Bundesgericht damit möglicherweise nur ein Pyrrhussieg war. Wenn den Beschwerdeführern vom Betreibungsamt klar mitgeteilt worden wäre, dass die Versteigerung nicht verschoben wird, hätten sie dies – unter Hinweis auf die vorzunehmende Ergänzung der Steigerungsbedingungen – mit Beschwerde an die kantonale Aufsichtsbehörde rügen müssen. Für den Fall, dass das weitere Vorgehen des Betreibungsamtes unklar geblieben sein sollte, hätten die Beschwerdeführer gemäss expliziter Feststellung des Bundesgerichts an der Steigerung zumindest erscheinen und vor deren Durchführung den Mangel im Vorbereitungsverfahren (verfahrenswidrige Ergänzung der Steigerungsbedingungen) rügen müssen. Sollten sie dies unterlassen haben, hätten sie ihr Beschwerderecht bezüglich dieses Punktes verwirkt, ähnlich einem Ersteigerer, der sich den Steigerungsbedingungen stillschweigend unterzieht (vgl. dazu BGE 123 III 406 E. 3 S. 409; 121 III 24 E. 2b S. 26 f.; SchKG-HÄUSERMANN/STÖCKLI/FEUTZ, N 14 zu Art. 134; je m. w. H.).

Unnötige Beschäftigung der SchKG-Aufsichtsbehörden im Beschwerdeverfahren – Kommentar zum Bundesgerichtsentscheid vom 29. Juli 2002 (7B.92/2002; publiziert im Jusletter vom 9. Dezember 2002; keine BGE-Publikation vorgesehen)

Der vorliegende Entscheid ist eines von vielen Anschauungsbeispielen für ein aussichtsloses Beschwerdeverfahren, das ein Beschwerdeführer auf Grund von Art. 20a SchKG grundsätzlich ohne Kosten- und Entschädigungsfolgen anstrengen konnte.

Entscheid

Z. reichte am 28. Februar 2002 beim Betreibungsamt des Saanebezirks ein Betreibungsbegehren gegen Y. ein. Dabei vermerkte er in der Rubrik «Allfälliger Bevollmächtigter des Gläubigers» im Betreibungsbegehren «X.» als seinen Vertreter. Nachdem der betriebene Schuldner Recht vorgeschlagen hatte, gab das Betreibungsamt am 18. März 2002 das für den Gläubiger bestimmte und an X. adressierte Exemplar des Zahlungsbefehls im Sinne von Art. 76 SchKG bei der Post auf.

Mit Eingabe vom 23. April 2002 beantragte Z. mittels Beschwerde bei der kantonalen Aufsichtsbehörde (Kantonsgesicht Freiburg, Schuldbetreibungs- und Konkurskammer), das Betreibungsamt sei anzuweisen, ihn über den Stand der Betreibung zu informieren. Nachdem die kantonale Aufsichtsbehörde die Beschwerde am 7. Mai 2002 abgewiesen hatte, erhob Z. rechtzeitig Beschwerde an die Schuldbetreibungs- und Konkurskammer des Bundesgerichts. Das Bundesgericht trat auf die Beschwerde nicht ein, da der Beschwerdeführer nicht dargelegt hatte, inwiefern die Betrachtungsweise der Vorinstanz gegen Bundesrecht verstossen haben soll (vgl. Art. 79 Abs. 1 OG). Gleichzeitig erklärte das Bundesgericht das Beschwerdeverfahren für kostenlos gemäss Art. 20a Abs. 1 SchKG.

Kommentar

Art. 67 Abs. 1 Ziff. 1 SchKG hält ausdrücklich fest, dass das Betreibungsbegehren u. a. den Namen und den Wohnort des Gläubigers und seines allfälligen Bevollmächtigten enthalten muss. Folgerichtig ist im obligatorischen Formular Nr. 1 (Formular «Betreibungsbegehren») eine spezielle Rubrik vorgesehen für: «Allfälliger Bevollmächtigter des Gläubigers (Name, Vorname und genaue Adresse)».

Nach der für das Bundesgericht verbindlichen Feststellung der Vorinstanz (Art. 63 Abs. 2 i. V. m. Art. 81 OG) hatte Z. in diesem Formular X. als seine Vertreterin aufgeführt und wurde vom Betreibungsamt folgerichtig das Doppel des Zahlungsbefehls nach Zustellung an den Schuldner X. als Vertreterin von Z. zugestellt. Es ist daher offensichtlich, dass das Betreibungsamt richtig gehandelt hatte, wenn es das Doppel des Zahlungsbefehls nicht (auch) dem Vertretenen zukommen liess.

Z. brachte zwar im Beschwerdeverfahren gewisse Umstände gegen die Gültigkeit der Ernennung seiner Vertreterin sowie zu seinen Abwesenheiten vor. Bezüglich ihnen machte er jedoch selber nicht geltend, das Betreibungsamt informiert zu haben. Zu-

dem standen sie im Widerspruch zu den eigenen Ausführungen des Beschwerdeführers bzw. zu den tatsächlichen Feststellungen der Vorinstanz. Auch die Behauptung des Beschwerdeführers, X habe vom Betreibungsamt keine Mitteilung von der Erhebung des Rechtsvorschlages erhalten, stand im Widerspruch zur tatsächlichen Feststellung der Vorinstanz, und es deutete nach Auffassung des Bundesgerichts auch nichts auf ein offensichtliches Versehen der Vorinstanz hin (vgl. Art. 63 Abs. 2 i. V. m. Art. 81 OG).

Art. 20a Abs. 1 SchKG hält fest, dass Beschwerdeverfahren grundsätzlich kostenlos sind. Gemäss derselben Bestimmung können einer Partei oder ihrem Vertreter bei böswilliger oder mutwilliger Beschwerdeführung Bussen bis zu 1500 Franken sowie Gebühren und Auslagen auferlegt werden. Die Bestimmung entspricht weitgehend der vor der Revision des SchKG bereits vorher auf Verordnungsstufe verankerten Regelung (vgl. dazu etwa: DIETH Markus, Beschwerde in Schuldbetreibungs- und Konkursachen gemäss Art. 17 ff. SchKG, Diss. Zürich 1999, S. 116 ff.; LORANDI Franco, Betreibungsrechtliche Beschwerde und Nichtigkeit: Kommentar zu den Artikeln 13 bis 30 SchKG, Basel 2000, N 9 ff. zu Art. 20a SchKG).

Im vorliegenden Fall erwägte das Bundesgericht mit keinem Wort, dem Beschwerdeführer infolge böswilliger oder mutwilliger Beschwerdeführung Kosten und/oder eine Busse aufzuerlegen (vgl. E. 5 des Bundesgerichtsentscheids). Ob der Beschwerdeführer im vorliegenden Fall böswillig oder mutwillig Beschwerde führte, lässt sich aufgrund des (kurzen) bundesgerichtlichen Entscheides nicht beurteilen. Möglicherweise war der Beschwerdeführer, der nicht anwaltlich vertreten war, in rechtlichen Angelegenheiten einfach unbeholfen. Allerdings darf auch von einem juristisch nicht geschulten Beschwerdeführer erwartet werden, dass ihm bewusst ist, was es heisst, gegenüber einer Behörde einen Vertreter anzugeben. Zudem entsteht auf Grund des Bundesgerichtsentscheids der Eindruck, der Beschwerdeführer habe in verschiedenen Punkten bewusst unrichtige Ausführungen gemacht.

Der Entscheid ist jedenfalls eines von vielen Beispielen dafür, wie unsere Gerichte und insbesondere auch die Schuldbetreibungs- und Konkurskammer des Bundesgerichts immer wieder mit offensichtlich unbegründeten Beschwerden auf Kosten des Steuerzahlers beschäftigt werden. Unseres Erachtens sollte entweder der Grundsatz der Kostenlosigkeit des Beschwerdeverfahrens gelegentlich in Wiedererwägung gezogen werden, oder es sollte zumindest vermehrt auf die Möglichkeit der Auferlegung von Kosten und Bussen zurückgegriffen werden (vgl. grundsätzlich zum Thema etwa: SchKG-COMETTA Flavio, N 6 ff. zu Art. 20a SchKG; DIETH, a. a. O., S. 116 ff.; JAEGER/WALDER/KULL/KOTTMANN, Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs, 4. Auflage, Band I, Zürich 1997, N 1 ff. zu Art. 20a SchKG; LORANDI, a. a. O., N 9 ff. zu Art. 20a SchKG).

1 Der Jusletter (www.weblaw.ch/jusletter) wird herausgegeben von Prof. Wolfgang Wiegand, Sarah Montani und Franz Kummer, Bern.

2 Sämtliche Publikationen des Autors finden sich auf der Website der Anwaltskanzlei Schumacher Baur Hürlimann (www.sbh-law.ch) oder (für Abonnenten) unter www.weblaw.ch/jusletter/AutorenArtikelliste.jsp?ID=3579.

Peter Veth*

PC zum Diktat! Spracherkennung in der Kanzlei

Wer mit Hilfe von Spracherkennungsprogrammen diktieren will, braucht anfangs Zeit und Geduld. Aber der Einsatz lohnt sich.

Gerade den technisch versierteren Kollegen stellt sich oft die Frage, ob angesichts der angespannten Personalsituation auf dem Arbeitsmarkt für Rechtsanwaltsfachgehilfen deren teure und qualifizierte Zeit in der Kanzlei nicht produktiver als auf das «Abtippen» von Diktaten verwendet werden kann. Könnte da nicht der Einsatz eines Spracherkennungsprogramms Abhilfe schaffen? Aus Erfahrungen und Gerüchten, die immer wieder in der Anwaltschaft kursieren, resultiert aber auch einige Unsicherheit, ob diese Programme nicht nur etwas für «Freaks» sind. Vielleicht erhöhen sie am Ende sogar den Aufwand für die Erstellung des Schreibens oder lenken die Konzentration von der inhaltlichen Gestaltung der Briefe und Schriftsätze ab?

Die gesprochene Sprache ist eines der wichtigsten Kommunikationsmittel. Gleichzeitig verwenden wir Sprache ganz selbstverständlich und wir machen uns unter normalen Umständen keine Gedanken darüber, wie und warum wir Wörter und Sätze verstehen, deren Sinn in kürzester Zeit entnehmen und in unser Bewusstsein bringen können. Ohne Probleme zerlegen wir zusammengesetzte und zusammengesprochene Wortformen – wie etwa Donaudampfschiffahrtskapitän – in deren einzelne Bestandteile und können uns sofort etwas darunter vorstellen. Ebenso wenig müssen wir Plural- oder Flexionsformen eines Wortes beim Hören gesondert «überdenken». Wir verstehen sie einfach.

Wir sind auch in der Lage, dialektgefärbte Sprache oder Sätze, bei denen wir einzelne Wörter aufgrund von ungenauer Sprechweise nicht verstanden haben, zu interpretieren. Ebenso filtern wir die für uns wichtigen akustischen Informationen aus Umgebungsgeräuschen heraus.

Beim Sprechen pausieren

Um die Funktion eines Spracherkennungsprogramms zu verstehen, müssen wir uns im Klaren sein, dass die Maschine solche Fähigkeiten von sich aus nicht aufweist. Das kontinuierliche Sprechen des Menschen stellte die erste zu überwindende Hürde dar. Bei der Benutzung der ersten Spracherkennungsprogramme musste der Benutzer nach jedem gesprochenen Wort eine kleine Pause einlegen, um dem System anzuzeigen, dass nun eine Einheit abgeschlossen ist. Eine ergonomisch vernünftige Anwendung dieser Programme war praktisch unmöglich, da der Diktierende sich mehr auf das Setzen der Pausen als auf den inhaltlichen Sinn des Gesprochenen konzentrieren musste.

Durch die erheblich gestiegene Leistungsfähigkeit des PCs ist es den Labors inzwischen jedoch gelungen, Software zu entwickeln, die das Diktieren ohne Pause zwischen den Wörtern zulässt. Zu beschreiben, wie dies im Einzelnen funktioniert, würde Ziel und Umfang dieses Beitrags weit übersteigen. Einige Punkte sollen uns aber doch Hinweise für mögliche Komplikationen mit der Spracherkennung geben.

Immenser Rechenaufwand

Spracherkennungssysteme basieren auf der Erkennung von Phonemen. Ein Phonem ist «die kleinste, bedeutungsentscheidende, aber doch nicht selbst bedeutungstragende, lautsprachliche Einheit». Bei normaler Sprechgeschwindigkeit hat ein Phonem die Dauer von etwa zehn bis 40 Millisekunden. Ein ganzes Wort besteht aus mehreren Phonemen. Bei der Spracherkennung werden in winzigen Abständen von etwa zehn Millisekunden Kurzzeitspektren der aufgenommenen Akustik erstellt und mit den hinterlegten Referenzmustern verglichen. Diese Lautfolgen fügt das Programm dann anhand von Folgewahrscheinlichkeiten zu ganzen Wörtern und Sätzen zusammen. Es lässt sich denken, dass der Rechenaufwand bis zur Erkennung eines «richtigen» Satzes immens ist. Dazu kommt, dass ein und dasselbe Wort von uns auch bei äußerster Anstrengung und Konzentration nie ein zweites Mal absolut identisch ausgesprochen werden kann.



Philips LFH 9300/10

Mit dem Programm trainieren

Jedenfalls muss ein Spracherkennungsprogramm bei seiner ersten Anwendung auf die sprachlichen Eigenheiten wie Tonhöhe, Aussprache und Dialekt seines Benutzers trainiert werden. Dazu liefern die Hersteller vorgefertigte Texte mit, die dem System

* Peter Veth ist Inhaber der Firma Informations-Management VETH, München. Der Beitrag ist erstmals erschienen in «Anwalt» 4/2002 (C. H. Beck) und wurde für die vorliegende Ausgabe aktualisiert.



Grundig Digta 4010

«vorgelesen» werden müssen. Dieser Vorgang dauert bis zu einer halben Stunde und sollte konzentriert und geduldig durchgeführt werden, um das Programm möglichst optimal auf das «Sprecherprofil» vorzubereiten.

Jedes der Programme wird mit einem aktiven Grundwortschatz von 50.000 bis 128.000 Wörtern geliefert. Bei einigen Herstellern ist zusätzliches – auch juristisches – Spezialvokabular erhältlich. Die dem System unbekannt Wörter müssen «trainiert» werden. Wird ein Wort nicht oder falsch erkannt, muss der Anwender dieses in den Wortschatz einfügen. Dadurch lernt das Spracherkennungsprogramm den speziellen Sprachgebrauch seines Benutzers immer besser kennen. Idealerweise sinkt bei optimalem Training die Fehlerquote kontinuierlich ab. Eine völlig fehlerfreie Spracherkennung ist aber nicht möglich. Das resultiert aus der bereits erwähnten Individualität der Stimme. Dazu kommen aber auch Schwankungen der emotionalen Lage, die in der Praxis dazu führen, dass einen das System an manchen Tagen oder in gewissen Situationen relativ schlecht «versteht». Momentaner Ärger oder ein einfacher Schnupfen stellen die Software vor fast unlösbare Aufgaben.

Ein Wort zur Hardware: Die dargestellte Komplexität der Software bringt es mit sich, dass der Rechner am Arbeitsplatz des Diktierenden ausreichende Ressourcen aufweisen muss. Es ist zu bedenken, dass die Empfehlungen der Softwarehersteller, so wie diese auf den Verpackungen abgedruckt werden, lediglich das Minimum für die Lauffähigkeit des Programms darstellen. Sowohl die Prozessorleistung wie insbesondere die Größe des Arbeitsspeichers sollen für frustrationsfreies Arbeiten eher an der oberen Grenze des Marktüblichen liegen. So ist ein 512-MB-Arbeitsspeicher und ein im Gigahertz-Bereich getakteter Prozessor fast schon Voraussetzung. Eine marktgängige Soundkarte im PC – meist kompatibel zum Creative Soundblaster – reicht für alle Programme aus. Im Zweifelsfall sollte man sich von einem IT-Berater oder vertrauenswürdigen Händler beraten lassen.

Anwalt mit Headset

Die direkte Schnittstelle zwischen Mensch und Maschine stellt bei der Spracherkennung das Mikrofon dar. Während der Mensch in der Lage ist, auch in sehr lauten Umgebungen zwi-

schen Sprache und Nebengeräuschen zu unterscheiden, gelingt dies auch der besten Spracherkennungssoftware nicht. Um dem Programm die Arbeit leichter zu machen, sollte der Sprecher ein Mikrofon benutzen, das nach Möglichkeit nur die Sprache des Diktierenden und nicht andere Raumgeräusche aufnimmt. Am besten geschieht dies bei Verwendung so genannter Headsets. Das sind Mikrofone, deren Sprechkapsel nur Frequenzen aus einer Richtung aufnimmt und an einer Art Schwanenhals per Ohr- oder Kopfbügel nah am Mund des Sprechers fixiert werden kann. Manche Kollegen werden allerdings das Tragen eines solchen – meist auch schnurgebundenen – Geräts zunächst als ungewohnt oder gar lästig empfinden. Deshalb werden im Handel auch Hand- oder Tischmikrofone angeboten. Die Nachteile dieser Methode sind aber evident, denn schon die kleinste Hand- oder Kopfbewegung führt zu ganz erheblichen Pegelschwankungen, die den Erfolg der Spracherkennung gefährden. In beiden Fällen darf das Mikrofon nicht direkt im Luftstrom des Mundes positioniert werden, da hierdurch bei manchen Lauten wie P und T «Popp-Signale» die Aufnahme verfälschen.

Eine sehr wichtige Grundentscheidung für oder gegen den Einsatz von Spracherkennungssoftware in der Anwaltskanzlei ist die Einbindung in die bestehenden oder neu zu organisierenden Workflows. Bislang ging man meistens davon aus, dass der Vorgang der Spracherkennung notwendigerweise direkt am Arbeitsplatz des Diktierenden stattfindet und dieser dann auch die Fertigstellung des Dokuments übernimmt. Eine solche Vorgehensweise wird sich aber nur in kleineren oder Einzelkanzleien sinnvoll realisieren lassen. In den meisten Kanzleien existieren heute jedoch Netzwerke, die es möglich machen, Diktat und/oder schon erstelltes Rohprodukt unkompliziert auf andere Arbeitsplätze zu verschieben oder zentral zu bearbeiten.

Diktat am Arbeitsplatz

So könnte am PC des Anwalts nur die digitale Aufnahme erfolgen und das aufgenommene Produkt – eine Datei mit der aufgenommenen Stimme – erst am Sekretariatsarbeitsplatz durch das Spracherkennungsprogramm verarbeitet werden. Bei dieser Methode kann das System aber nicht kontinuierlich weiter trainiert werden. Der Diktierende steht ja im Sekretariat nicht zur



Sony ICD-MS515

Verfügung. Sinnvoller erscheint es da, dass der Anwalt das Diktat an seinem Arbeitsplatz durchführt und das Resultat zur Korrektur, Gestaltung und Fertigverarbeitung über das Netzwerk dem Sekretariat übergibt.

Weiter ist zu bedenken, dass das Diktieren ja nicht nur im Büro, sondern auch unterwegs stattfindet. Hierzu können digitale Handdiktiergeräte gute Dienste leisten. Zurück am Arbeitsplatz wird das mobile Diktiergerät mit dem PC verbunden und die aufgenommene Datei in das Spracherkennungsprogramm zur Verarbeitung (= Erkennung) «gefüttert». Nicht erkannte Wörter können ebenso korrigiert und trainiert werden. Die Endfassung könnte wiederum vom Sekretariat erstellt werden.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Spracherkennung in der Anwaltskanzlei eine gute und hilfreiche Technologie sein kann. Jeder Einzelne muss sich aber im Vorfeld seiner Entscheidung die Frage stellen: Bin ich selbst «spracherkennungsgeeignet»? Lassen Sie sich die Software zum Test bereitstellen und haben Sie Geduld beim Trainieren des Programms. Stellen Sie sich auch die Frage, wie Spracherkennung in Ihren Arbeitsabläufen gewinnbringend eingesetzt werden kann.



Olympus DS-3000

Digitale Diktiergeräte – Erklärung technischer Begriffe

Media Card ist ein Speichermedium, das über ein Verbindungskabel an den PC angeschlossen wird und so einfaches Überspielen der Daten auf den PC ermöglicht.

SP und LP, «Single Play» und «Long Play», sind verschiedene Aufnahmemodi. LP benötigt weniger Speicherplatz (etwa die Hälfte) für gespeicherte Audiodateien. Allerdings mit geringerer Qualität.

Smart Media Card ist ähnlich wie die Media Card ein Speichermedium, das sich als Karte in das Gerät einstecken lässt. Sie ist in den Speichergrößen 4, 8, 16, 32, 64 und 128 MB erhältlich. Die tatsächliche Aufnahmekapazität in Minuten differiert allerdings, je nach Diktiergerät. Der Inhalt der Card lässt sich per USB auf den PC übertragen.

Memory Stick ist ein von Sony entwickeltes Speichermedium, das in Funktionsweise und Speicherkapazität im Wesentlichen mit der (Smart) Media Card vergleichbar ist.

PCMCIA (Personal Computer Memory Card International Association) PC-Karten, die für Notebooks entwickelt wurden, sind im allgemeinen PCMCIA-Komponenten. Sie sind besonders platz- und energiesparend und daher in der Regel sehr viel teurer als ihre Pendanten für Desktop PCs. Im Unterschied zu den oben genannten Speichermedien werden diese direkt in einen PCMCIA-Steckplatz am PC/Notebook gesteckt.

Flash Memory ist ein fest eingebautes Speichermedium. Die Kapazität des Speichers ist damit nicht veränderbar.

DSS (Digital Speech Standard)

CELP (Code Excited Linear Prediction)

ADPCM (Adaptive Differential Pulse Code Modulation)

Dies sind Standards, die gespeicherte Audiodateien mit sehr wenig Qualitätsverlust komprimieren und so Speicherplatz sparen.

Spracherkennungssoftware für Kanzleien (Auswahl)

	IBM	Philips	Scansoft
Produktname	IBM ViaVoice	SpeechMagic	Dragon NaturallySpeaking XP
Version	Enterprise Edition	5.1	Legal
Betriebssystem	Windows 98, Me, NT, 2000	Windows 95 bis XP	Windows 98, NT 4.0 (mit SP-6 oder höher), 2000, XP
Netzwerkfähig	Ja	Ja	Ja
Grundwortschatz	1 Million Wörter	128 000 + 64 000 Wörter	über 250 000 Begriffe (ohne juristischen Wortschatz)
Sprachen	Deutsch, Englisch, Französisch	Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch	Deutsch, Englisch
Juristisches Wörterbuch	Ja Mehrere Fachgebiete	Ja ConText mit 64 000 Worten	Ja Neue Begriffe lassen sich mühelos hinzufügen
Geschwindigkeit (Wörter/Minute)	150 Wörter/Minute	unbeschränkt	160 Wörter/Minute
Zeitaufwand für Grundtraining	ca. 15 Minuten	ca. 2 Minuten	ca. 5–10 Minuten

Besonderheiten	Direktes Diktieren in verschiedenen Anwendungsprogrammen (Word, Outlook, Lotus Notes, Excel, Internet) Erkennt zusammengesetzte Wörter auf Anhieb	Flexibilität: Autoren sind nicht auf eine Arbeitsstation beschränkt Zentralisierte Systemverwaltung Internet/Intranet fähig Bis 4 000 Benutzer pro Server	Sprachbasierte Steuerung aller Microsoft Windows-Anwendungen (inkl. Internet-Browser) Benutzerdefinierte Anpassung und Erweiterung des Wortschatzes Optionale Vorlesefunktion für E-Mails und andere Dokumente
Preis für einen Arbeitsplatz	CHF 700.–	CHF 6 450.–	€ 1 158.84
Preis für jeden weiteren Arbeitsplatz	Auf Anfrage	Auf Anfrage	5–100 Ex. = € 999.– 101–150 Ex. = € 949.– > 150 Ex. = Auf Anfrage
Installationen in der Schweiz	> 50	20	–
Installationen in Europa	Unbekannt	5 000	–
Passendes Diktiergerät	Olympus V90 Olympus DS 300	LFH 9300 Telefon SpeechMike Pro	Sony Recorder Sony Diktiergeräte
Kontaktadresse	SES AG St. Niklausenstrasse 8 6005 Luzern Tel. 041 362 08 62 Fax 041 360 44 51 info@sesluz.ch www.sesluz.ch	VoiceCom AG Ilfangstrasse 91 8153 Rümlang Tel. 01 817 76 76 Fax 01 817 76 77 voicecom@voicecom.ch www.voicecom.ch	ScanSoft GmbH Ridlerstrasse 11 80 339 München Tel. +49 89 45 87 35 0 Fax +49 89 45 87 35 20 www.scansoft.de

Digitale Diktiergeräte (Auswahl)

	Philips	Grundig	Sony	Olympus
Modell	LFH 9300/10 mit 4-Funktions-Schiebeschalter	Digita 4010	ICD-MS515 IC-Chip Recorder mit Memory Stick	DS-3000
Gewicht	100 g	130 g	75 g	86 g
Grösse (L × B × T)	133 × 50 × 20 mm	132 × 50 × 23 mm	106 × 34 × 18 mm	110 × 50 × 17 mm
Akkutyp	AAA (NiMH)	2 × Akku 462 (NiMH)	2 × AA LR-03 (NiMH)	2 × AA LR-03 (NiMH)
Dateiformat	WAV	DSS, Standard Play	MSV (in WAV konvertierbar)	DSS
Speichergösse	8 MB (Karte austauschbar)	2 × 4 MB MultiMediaCard (MMC mit höherer Speicherkapazität möglich)	16 MB Memory Stick	Bis 128 MB Smart Media Card
Aufnahmedauer	80 Min. (SP) 112 Min. (LP)	Abhängig von Speicherkarte (bis 38 Min. mit 4 MB)	720 Min. (965 Voice Files, 340 Folders)	Abhängig von Speicherkarte (155 Min. mit 16 MB, SP Modus; 330 Min. mit 16 MB, LP Modus)
Betriebsdauer	12 h	12 h mit Akku 462	10 h	11 h mit 2 LR-03 Alkali Batterien
Editierfunktionen	Einfügen, Überschreiben, Löschen, Spezielle Anweisung, Workflow Management	Einfügen, Überschreiben, Löschen, Skip-Funktion, Diktatanwahl mit Auf-Ab-Taste	Vorhanden	Einfügen, Überschreiben, Löschen
Display	Vollgrafikdisplay	Vollgrafikdisplay, 4 Zeilen, bis zu 16 Zeichen je Zeile, Aufnahme-LED	LCD mit Hintergrundbeleuchtung	LCD
Richtpreis	CHF 598.–	CHF 598.–	CHF 549.–	CHF 848.–
Kontaktadresse	Waser Büro Furtbachstrasse 16 CH-8107 Buchs Tel. 01 846 43 54 Fax 01 846 44 12 diktieren@waser-net.ch www.waserdiktieren.ch	Grundig (Schweiz) AG Steinackerstr. 28 CH-8302 Kloten Tel. 01 815 81 81 Fax 01 813 49 31 kundendienst.ch@grundig.com www.grundig.ch	Sony Overseas SA Rütistrasse 12 CH-8952 Schlieren Tel. 0848 80 84 80 www.sony.ch	Olympus Optical (Schweiz) AG Chriesbaumstrasse 6 CH-8604 Volketswil Tel. 01 947 66 62 Fax 01 947 66 55 consumer.ch@olympus.ch www.olympus.ch

■ Verfassungsrecht/Droit constitutionnel (I)

Art. 9, 24 und 29 Abs. 2 BV; Wohnsitzpflicht für Urkundspersonen

Die öffentliche Beurkundung, die nach dem Bundeszivilrecht Gültigkeitserfordernis verschiedener Rechtsgeschäfte ist, stellt eine Handlung der sogenannten freiwilligen oder nichtstreitigen Gerichtsbarkeit dar. Ihre Organisation ist eine staatliche Aufgabe, die nach Art. 55 des Schlusstitels des ZGB den Kantonen obliegt. Die öffentliche Beurkundung ist eine amtliche, hoheitliche Tätigkeit und die Urkundsperson ein staatliches Organ. Dies gilt unabhängig davon, ob mit der Beurkundung nach kantonalem Recht ein Beamter oder ein freierwerbender Notar oder Anwalt beauftragt ist. [. . .]

Bei hoheitlichen Tätigkeiten, welche in grosser Unabhängigkeit ausgeübt werden, kann dem Gemeinwesen nicht verwehrt sein, an der Wohnsitzpflicht festzuhalten und solche Tätigkeiten nur Angehörigen des betroffenen Gemeinwesens zu übertragen. Mit Rücksicht auf die verfassungsmässige Kompetenzordnung im Bundesstaat ist es auch gerechtfertigt, dass das Bundesgericht in Grenzfällen eine gewisse Zurückhaltung gegenüber dem kantonalen Gesetzgeber übt, wenn es zu entscheiden hat, ob die getroffene Regelung mit der Niederlassungsfreiheit noch vereinbar ist (vgl. BGE 118 Ia 64 E. 2 c S. 72 f. mit Hinweisen).

Die Urkundsperson nimmt als staatliches Organ eine hoheitliche (wenn auch nicht leitende) Funktion wahr und übt die ihr übertragene Tätigkeit weitgehend weisungsunabhängig aus. Die Übertragung derartiger Staatsgewalt liegt grundsätzlich in der Regelungskompetenz der Kantone. Zahlreiche Kantone sehen heute vom Wohnsitzerfordernis für freiberufliche Notare ab. Es ist aber mit der Bundesverfassung und namentlich mit der Niederlassungsfreiheit auch vereinbar, wenn ein Kanton die hoheitliche Beurkundungsbefugnis Personen mit Wohnsitz im Kanton vorbehält.

(I. Öff. rechtl. Abt., 2P.31/2002, 6. 9. 2002, X c. Standeskommission des Kantons Appenzell I. Rh.; nicht in der AS publiziert)

■ Verwaltungsrecht/Droit administratif (II)

Art. 115 EntG; Parteientschädigung

Wird die Eidgenössische Schätzungskommission nach Eröffnung eines Enteignungsverfahrens angerufen, so kann sie als staatliches Gericht nur im Rahmen ihrer gesetzlichen Kompetenz tätig werden und hat ihr Urteil allein gestützt auf das massgebliche Enteignungsrecht zu fällen. Ein «enteignungsrechtliches Schiedsverfahren», für welches die Parteien das Verfahren oder Kriterien der Entscheidungsfindung festlegen könnten, gibt es nicht (vgl. BGE 112 Ib 538). Die Parteien können daher den Präsidenten der Eidgenössischen Schätzungskommission auch nicht verpflichten, seinem Entscheid über den Umfang der Parteientschädigung die von anderen Behörden aufgestellten Regeln zugrunde

zu legen. Die Höhe der Parteientschädigung ist ausschliesslich nach der Bestimmung von Art. 115 EntG festzulegen. [. . .]

Die in Art. 115 und 116 EntG vorgesehene Vergütung der Kosten, welche der Enteignete zur Verteidigung seiner Rechte im Enteignungsverfahren aufgewendet hat, gilt nach der gesetzlichen Ordnung als reine Prozess-Entschädigung. Als solche bildet sie nicht Bestandteil der durch Art. 16 EntG gewährleisteten «vollen Entschädigung» und dient somit nicht dazu, einen im Sinne von Art. 19 lit. c EntG dem Enteigneten verursachten «weiteren Nachteil» auszugleichen (BGE 111 Ib 97 E. 2b; vgl. auch BGE 123 II 456 E. 2 S. 461 mit Hinweisen). Aus dem Gebot der vollen Entschädigung lässt sich daher für die Festsetzung der Parteientschädigung nichts herleiten.

Nach ständiger bundesgerichtlicher Rechtsprechung sind die zwischen den Enteigneten und ihren Rechtsvertretern geltenden kantonalen Anwaltsstarife bei der Bestimmung der vom Enteigner gemäss Art. 115 und 116 EntG auszurichtenden Parteientschädigung nicht direkt anwendbar (BGE 99 Ib 481 E. 3b, 109 Ib 26 E. 3 S. 34, 111 Ib 97 E. 2e S. 100, 121 II 291 nicht publ. E. 3). Auch die Verordnung über Kosten und Entschädigungen im Verwaltungsverfahren vom 10. September 1969 kommt nicht zum Zuge, weil eben der Gesetzgeber für das Enteignungsverfahren die erwähnte besondere Regelung getroffen hat. Die enteignungsrechtlichen Spezialvorschriften gelten allerdings nur, wenn dem Einsprecher oder Beschwerdeführer selbst eine Enteignung droht oder ihm gemäss Art. 55 Abs. 2 des BG über den Umweltschutz oder Art. 12 des BG über den Natur- und Heimatschutz das Recht zusteht, Einsprachen im Sinne von Art. 7 bis 10 EntG zu erheben. Können dagegen die Teilnehmer am Einsprache- und Plangenehmigungsverfahren nur tatsächliche Interessen geltend machen und keinerlei enteignungsrechtliche Einwendungen erheben, so finden die allgemeinen Kostenvorschriften Anwendung (BGE 111 Ib 32 E. 2d S. 36, Urteil 1E.19/1999 vom 4. April 2000 E. 3). [. . .]

Soll eine Parteientschädigung «angemessen» im Sinne von Art. 115 EntG sein, so ist sie in erster Linie an den konkreten Umständen des einzelnen Verfahrens – tatbestandliche und rechtliche Schwierigkeit des Falles, Umfang der auf dem Spiele stehenden Vermögenswerte usw. – zu bemessen. Zusätzlich soll sie aber auch auf die örtlichen Gegebenheiten, welche die Höhe der Aufwendungen des Enteigneten beeinflussen können – allgemeine Lebenskosten, örtliche Preise für Dienstleistungen, Mieten usw. – abgestimmt werden können. [. . .]

(I. Öff. rechtl. Abt., 1E.11/2002, 18. 11. 2002, X AG c. Y AG; BGE-Publikation vorgeschlagen)

Art. 9 und 29 Abs. 2 BV; Parteientschädigung

Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichts besteht kein allgemein anerkannter Rechtsgrundsatz, wonach der obsiegenden, durch einen Anwalt vertretenen Partei eine Parteientschädigung zugesprochen werden muss (vgl. zu Art. 4 aBV: BGE 104 Ia 9 E. 1; 117 V 401 E. 1b mit Hinweisen; Urteil [des BG] 2P.465/1998 vom 17. Mai 1999, E. 2). (II. Öff. rechtl. Abt., 2P.144/2002, 25. 10. 2001, X c. Regierungsrat und Verwaltungsgericht des Kantons Nidwalden; nicht in der AS publiziert)

Rechtsetzung des Bundes (8. November–8. Dezember 2002)* Législation fédérale (8 novembre–8 décembre 2002)*

I. In-Kraft-Treten

Bundesgesetze/Bundesbeschlüsse/Verordnungen

1. Staat – Volk – Behörden

Änderung vom 6. Oktober 2000 des Bundesgesetzes vom 23. März 1962 über den Geschäftsverkehr der Bundesversammlung sowie über die Form, die Bekanntmachung und das Inkrafttreten ihrer Erlasse (AS 2002 3371, SR 171.11); Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens: 1. Januar 2003.

Änderung vom 6. Oktober 2000 des Bundesgesetzes vom 20. Dezember 1968 über das Verwaltungsverfahren (AS 2002 3371, SR 172.021); Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens: 1. Januar 2003.

Änderung vom 14. Dezember 2001 des Bundesgesetzes vom 16. Dezember 1943 über die Organisation der Bundesrechtspflege (AS 2002 2767, SR 173.110); Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens: 1. Januar 2003.

Verordnung vom 3. Juli 2002 über die Sitzverteilung bei der Gesamterneuerung des Nationalrates (AS 2002 2465, SR 161.12); Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens: 1. Januar 2003.

8. Gesundheit – Arbeit – Soziale Sicherheit

Änderung vom 21. Juni 2002 des Bundesgesetzes vom 6. Oktober 2000 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (AS 2002 3475, SR 830.1); Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens: 1. Januar 2003.

Änderung vom 21. Juni 2002 des Bundesgesetzes vom 20. Dezember 1946 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AS 2002 3475, SR 831.10); Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens: 1. Januar 2003.

Änderung vom 21. Juni 2002 des Bundesgesetzes vom 19. Juni 1959 über die Invalidenversicherung (AS 2002 3475, SR 831.20); Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens: 1. Januar 2003.

Änderung vom 21. Juni 2002 des Bundesgesetzes vom 19. März 1965 über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (AS 2002 3453, SR 831.30); Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens: 1. Januar 2003.

Änderung vom 21. Juni 2002 des Bundesgesetzes vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (AS 2002 3472, SR 832.10); Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens: 1. Januar 2003.

Änderung vom 20. September 2002 der Verordnung vom 31. Oktober 1947 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AS 2002 3337, SR 831.101); Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens: 1. Januar 2003.

9. Wirtschaft – Technische Zusammenarbeit

Bundesgesetz vom 22. März 2002 über die Durchsetzung von internationalen Sanktionen (AS 2002 3673, SR 946.231); Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens: 1. Januar 2003.

I. Entrée en vigueur

Lois fédérales/Arrêtés fédéraux/Ordonnances

1. Etat – Peuple – Autorités

Modification du 6 octobre 2000 de la loi fédérale du 23 mars 1962 sur la procédure de l'Assemblée fédérale, ainsi que sur la forme, la publication et l'entrée en vigueur des actes législatifs (RO 2002 3371, RS 171.11); entrée en vigueur: 1^{er} janvier 2003.

Modification du 6 octobre 2000 de la loi fédérale du 20 décembre 1968 sur la procédure administrative (RO 2002 3371, RS 172.021); entrée en vigueur: 1^{er} janvier 2003.

Modification du 14 décembre 2001 de la loi fédérale d'organisation judiciaire du 16 décembre 1943 (RO 2002 2767, RS 173.110); entrée en vigueur: 1^{er} janvier 2003.

Ordonnance du 3 juillet 2002 sur la répartition des sièges lors du renouvellement intégral du Conseil national (RO 2002 2465, RS 161.12); entrée en vigueur: 1^{er} janvier 2003.

8. Santé – Travail – Sécurité sociale

Modification du 21 juin 2002 de la loi fédérale du 6 octobre 2000 sur la partie générale du droit des assurances sociales (RO 2002 3475, RS 830.1); entrée en vigueur: 1^{er} janvier 2003.

Modification du 21 juin 2002 de la loi fédérale du 20 décembre 1946 sur l'assurance-vieillesse et survivants (RO 2002 3475, RS 831.10); entrée en vigueur: 1^{er} janvier 2003.

Modification du 21 juin 2002 de la loi fédérale du 19 juin 1959 sur l'assurance-invalidité (RO 2002 3475, RS 831.20); entrée en vigueur: 1^{er} janvier 2003.

Modification du 21 juin 2002 de la loi fédérale du 19 mars 1965 sur les prestations complémentaires à l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité (RO 2002 3453, RS 831.30); entrée en vigueur: 1^{er} janvier 2003.

Modification du 21 juin 2002 de la loi fédérale du 18 mars 1994 sur l'assurance-maladie (RO 2002 3472, RS 832.10); entrée en vigueur: 1^{er} janvier 2003.

Modification du 20 septembre 2002 du règlement du 31 octobre 1947 sur l'assurance vieillesse et survivants (RO 2002 3337, RS 831.101); entrée en vigueur: 1^{er} janvier 2003.

9. Economie – Coopération technique

Loi fédérale du 22 mars 2002 sur l'application de sanctions internationales (RO 2002 3673, RS 946.231); entrée en vigueur: 1^{er} janvier 2003.

* Diese Übersicht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit/Cet aperçu n'a pas pour vocation d'être exhaustif.

II. Referendumsvorlagen

Invalidenversicherung: Bundesgesetz vom 4. Oktober 2002 betreffend die Überweisung von Mitteln des Ausgleichsfonds der Erwerbsersatzordnung in die Invalidenversicherung. Botschaft des Bundesrats: BBl 2000 1865, Beschluss des Parlaments: BBl 2000 6491.

Bundesstrafgericht: Bundesgesetz vom 4. Oktober 2002 über das Bundesstrafgericht. Botschaft des Bundesrats: BBl 2001 4202, Beschluss des Parlaments: BBl 2002 6493.

Landesverteidigung: Änderung des Bundesgesetzes über die Armee und die Militärverwaltung. Botschaft des Bundesrats: BBl 2002 858, Beschluss des Parlaments: BBl 2002 6543.

Landesverteidigung: Änderung des Bundesgesetzes über den Wehrpflichtersatz. Botschaft des Bundesrats: BBl 2002 858, Beschluss des Parlaments: BBl 2002 6557.

Landesverteidigung: Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz. Botschaft des Bundesrats: BBl 2002 1685, Beschluss des Parlaments: BBl 2002 6524.

Recht: Zivilgesetzbuch, Obligationenrecht, Strafgesetzbuch, Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurse. Botschaft des Bundesrats: BBl 2002 4164, Beschluss des Parlaments: BBl 2002 6518.

Finanzen: Bundesgesetz vom 4. Oktober 2002 über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung. Botschaft des Bundesrats: BBl 2002 4219, Beschluss des Parlaments: BBl 2002 6488.

Verkehr: Änderung des Strassenverkehrsgesetzes. Botschaft des Bundesrats: BBl 2000 4397, Beschluss des Parlaments: BBl 2002 6563.

Versicherung: Änderung des Bundesgesetzes betreffend die Aufsicht über die privaten Versicherungseinrichtungen. Botschaft des Bundesrats: BBl 2000 4397, Beschluss des Parlaments: BBl 2002 6522.

III. Vernehmlassungen

Revision des Bundesgesetzes über Waffen, Waffenzubehör und Munition (Waffengesetz, WG)

Wer künftig eine Waffe erwerben will, muss dazu bei den zuständigen kantonalen Behörden einen Waffenerwerbsschein beantragen. Damit wird der Unterschied zwischen dem privaten und dem professionellen Handel aufgehoben. Zudem werden Soft Air Guns und Imitationswaffen dem Waffengesetz unterstellt. Frist: 31. 12. 2002.

(Quelle: <http://www.admin.ch/ch/d/gg/jc/pendent.html>)

Neue Verfassungsbestimmung betreffend Medienpolitik. Vorentwurf der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats (SPK-N)

In ihrem Vorentwurf und erläuternden Bericht schlägt die SPK-N die Ergänzung der Bundesverfassung mit einer neuen Bestimmung zur Medienpolitik (Art. 93 a BV) vor. Ziel ist die Förderung der Vielfalt und Unabhängigkeit der Medien. Frist: 31. 01. 2003.

(Quelle: <http://www.admin.ch/ch/d/gg/jc/pendent.html>)

IV. Aus den Räten

Das detaillierte Sessionsprogramm können sie einsehen unter: <http://www.parlament.ch/poly/framesets/D/Frame-D.htm>

II. Objets soumis au référendum

Assurance-invalidité: Loi fédérale du 4 octobre 2002 concernant le transfert de capitaux du Fonds de compensation du régime des allocations pour perte de gain en faveur de l'assurance-invalidité. Message du Conseil fédéral: FF 2000 1771, Arrêté du Parlement: FF 2002 6032.

Tribunal pénal fédéral: Loi fédérale du 4 octobre 2002 sur le Tribunal pénal fédéral. Message du Conseil fédéral: FF 2001 4000, Arrêté du Parlement: FF 2002 6034.

Défense nationale: Modification de la loi fédérale sur l'armée et l'administration militaire. Message du Conseil fédéral: FF 2002 816, Arrêté du Parlement: FF 2002 6086.

Défense nationale: Modification de la loi fédérale sur la taxe d'exemption de l'obligation de servir. Message du Conseil fédéral: FF 2002 816, Arrêté du Parlement: FF 2002 6100.

Défense nationale: Loi fédérale sur la protection de la population et sur la protection civile. Message du Conseil fédéral: FF 2002 1607, Arrêté du Parlement: FF 2002 6066.

Droit: Code civil, Code des obligations, Code pénal, Loi fédérale sur la poursuite pour dettes et faillite (Animaux). Message du Conseil fédéral: FF 2002 3885, Arrêté du Parlement: FF 2002 6060.

Finances: Loi fédérale du 4 octobre 2002 sur les aides financières à l'accueil extra-familial pour enfants. Message du Conseil fédéral: FF 2002 3925, Arrêté du Parlement: FF 2002 6029.

Transports: Modification de la loi fédérale sur la circulation routière. Message du Conseil fédéral: FF 2002 4093, Arrêté du Parlement: FF 2002 6106.

Assurance: Modification de la loi fédérale sur la surveillance des institutions d'assurance privées. Message du Conseil fédéral: FF 2002 4093, Arrêté du Parlement: FF 2002 6064.

III. Procédures de consultations en cours

Révision de la loi fédérale sur les armes, les accessoires d'armes et les munitions (Loi sur les armes, LArm)

Désormais, toute personne souhaitant acquérir une arme devra demander un permis d'acquisition d'armes à l'autorité cantonale compétente. Il ne sera donc plus fait de distinction entre commerce d'armes entre particuliers et commerce d'armes professionnel. En outre, les soft air guns et les armes factives seront soumis à la loi sur les armes. Date limite: 31. 12. 2002.

(Source: <http://www.admin.ch/ch/f/gg/jc/pendent.html>)

Nouvel article constitutionnel sur la politique des médias. Avant-projet de la Commission des institutions politiques du Conseil national (CIP-N)

Dans son avant-projet et son rapport explicatif, la CIP-NI propose de compléter la constitution fédérale par une nouvelle disposition sur la politique des médias (art. 93 a cst.). Le but poursuivi est d'encourager la diversité et l'indépendance des médias. Date limite: 31. 01. 2003.

(Source: <http://www.admin.ch/ch/f/gg/jc/pendent.html>)

IV. Activités des Conseils et des commissions parlementaires

Vous pouvez consulter le programme détaillé de la session à l'adresse suivante: <http://www.parlament.ch/poly/framesets/F/Frame-F.htm>

■ Neue Zürcher Zeitung, 15. November 2002

Neues Anwaltsgesetz Schenkpatent wird abgeschafft

bto. Als Reaktion auf das Inkrafttreten des Bundesgesetzes über die Freizügigkeit von Anwältinnen und Anwälten Mitte dieses Jahres hat der Kanton Zürich sein eigenes Anwaltsgesetz angepasst. Gemäss dem Entwurf, den der Regierungsrat verabschiedet hat, soll unter anderem das sogenannte Schenkpatent abgeschafft werden. In den Genuss von Schenkpatenten kamen bisher beispielsweise altgediente Richter, die sich um die Rechtspflege verdient gemacht, aber keine Anwaltsprüfung absolviert hatten. In der Vernehmlassung zur Gesetzesrevision war diese Abschaffung laut einer Sprecherin der Justizdirektion weitgehend umstritten. Abgesehen wird im Gesetzesentwurf von einer Ausdehnung des Anwaltsmonopols. Das bedeutet, dass sich Parteien zumindest vor dem Verwaltungs- und Sozialversicherungsgericht auch von nicht registrierten Anwälten vertreten lassen können. Weiter gezogen als bisher ist im Gesetzesentwurf der Kreis der Anwältinnen und Anwälte, die der Aufsicht durch eine Aufsichtskommission unterstehen. Auch ausschliesslich beratend tätige Anwälte sollen der Aufsicht unterstellt werden.

■ Thurgauer Zeitung, 2. Dezember 2002

Anwälte und Geldwäscherei

Der Thurgauische Anwaltsverband hat sich an seiner Jahresversammlung mit den möglichen Auswirkungen des Geldwäscherei-Gesetzes befasst. Ausserdem nahm er acht neue Mitglieder auf.

Martin Sinzig. Weinfelden – Detlev Basse, Spezialist für Fragen rund um die Problematik der Geldwäscherei und Leiter des Rechtsdienstes der Thurgauer Kantonalbank, skizzierte am Samstag vor der Standesorganisation der Thurgauer Anwältinnen und Anwälte, inwiefern auch sie vom Geldwäscherei-Gesetz (GwG) betroffen sein könnten. Das Gesetz habe zwar eine Fülle von Normen geschaffen, aber noch keine Klarheit über seinen effektiven Geltungsbereich. Gemäss einer Generalklausel würden generell alle Personen als Finanzintermediäre angesehen, die berufsmässig Vermögenswerte annehmen oder aufbewahren oder helfen, sie anzulegen oder zu übertragen.

Mandate überprüfen

Während Banken, Vermögensverwalter oder Treuhänder unter diese Klausel fielen, sei es nicht klar, ob und bei welchen Tätigkeiten auch Anwälte als Finanzintermediäre gälten. Das GwG helfe da nicht weiter. Immerhin habe nun seit September 2002 eine Verordnung der Kontrollstelle für die Bekämpfung der Geldwäscherei die Voraussetzungen konkretisiert. Detlev Basse zeigte zwar heikle Tätigkeiten auf, ermunterte die Anwesenden aber auch, sich nicht verunsichern zu lassen. Es sei aber wichtig, das eine oder andere Mandat anzuschauen und zu prüfen, wofür ein Anwalt seinen guten Namen hergebe.

Aufnahmen aus dem EU-Raum

Einen zweiten Höhepunkt des Anwaltstages bildete traditionell die Aufnahme neuer Mitglieder. Acht junge Anwältinnen und Anwälte wurden in schriftlicher Abstimmung in die Standesorganisation aufgenommen. Dazu zählen Michael Alde, tätig bei Strickler und Alde Rechtsanwälte, Arbon, Roman Brunner, tätig bei Raggenbass Anwälte, Amriswil, Dominik Diezi, tätig als Gerichtsschreiber am Bezirksgericht Arbon, Anna Katharina Glauser Jung, tätig als Anwältin und nebenamtliche Oberrichterin sowie juristische Sekretärin, Caroline M. Kuhn, tätig bei Forrer Lenherr Bögli Anwälte, Weinfelden, Markus Stadel-

mann, tätig bei Strickler und Alde, Arbon, Mario Weber, tätig bei Wüest Zirfass Schneider, Frauenfeld, und Frank G. Zellweger, tätig bei Bürgi Hotz Parolari Zellweger, Frauenfeld.

Mit der Aufnahme der neuen Mitglieder steigt die Zahl der Aktivmitglieder der Standesorganisation auf 103, wie Präsident Hans Rudolf Forrer ausführte. Die Beschäftigungslage sei nach wie vor gut. Auf Grund des seit Sommer in Kraft stehenden Gesetzes über die Freizügigkeit von Anwälten hätten auch die Aufnahmegesuche zweier deutscher Kollegen vorgelegen. Sie seien aber sistiert worden, denn es gelte, die Aufnahmebedingungen ausländischer Anwälte zuerst im Rahmen des Schweizerischen Anwaltsverbandes zu koordinieren.

Obergerichtspräsident Thomas Zweidler informierte über den aktuellen Stand beim Anwaltsregister. 103 Anwälte seien in einem ersten Schritt von Amtes wegen eingetragen worden, weitere drei in einem zweiten. Die Eintragung ist Voraussetzung, dass ein Anwalt vor Gericht auftreten kann. Zwei Gesuche seien noch hängig, ebenfalls drei Gesuche aus dem EU-Efta-Raum.

■ Thurgauer Zeitung, 2. Dezember 2002

Vermehrte Konkurrenz aus Zürich und EU

Martin Sinzig. Thurgauische Anwälte sehen sich einer vermehrten Konkurrenz aus dem Raum Zürich, aber auch aus dem benachbarten Ausland und von Treuhandgesellschaften oder Banken gegenüber. Um gute Mandate zu halten und um den Stellenwert der Verbandsmitgliedschaft im Markt herauszustreichen, müsse der Verband in die Offensive gehen, betonte Vizepräsident Felix Müller. Dazu sind verschiedene PR-Massnahmen geplant. Einerseits soll das Verbandslogo erneuert und optimiert werden. Andererseits sollen die Seriosität und die Leistungen in der Öffentlichkeit gezielter beworben werden.

Intern soll die bereits gut etablierte Tätigkeit von fünf Fachgruppen noch erweitert werden, wie Fachgruppenpräsident Dominik Hasler ausführte. Neu geschaffen wurde unter der Leitung von Martin Seiler eine Erfa-Gruppe Anwaltspraxis, die inzwischen bereits auf erfreuliches Interesse gestossen sei.

■ La Liberté, 10 décembre 2002

Le Tribunal cantonal confirme: un notaire moratois écope de dix mois avec sursis

Justice. Les juges ont retenu l'abus de confiance prononcé par le Tribunal du Lac contre un notaire moratois, condamné après une transaction immobilière douteuse. L'homme sauve toutefois sa patente.

Ron Hochuli. Le Tribunal cantonal confirme le verdict rendu le 26 février par le Tribunal du Lac. Le notaire moratois, condamné pour une transaction immobilière douteuse, écope dix mois de prison avec sursis (La Liberté du 5 décembre). Néanmoins, il pourra continuer d'exercer sa profession, contrairement à ce qui avait été prononcé en première instance.

En 1989, un contrat de vente avait été établi par le condamné pour une spéculation immobilière – menée par son père. Elle portait sur deux parcelles situées à Courtepin, achetées quatre jours plus tôt, et pour laquelle deux acquéreurs avaient déboursé 5,2 mio de francs, dont un peu moins du cinquième était destiné au règlement de l'impôt foncier. Ces 925 000 francs étaient destinés à être versés sur un compte bloqué. Seul le notaire devait avoir la procuration. Il semble toutefois que la somme se soit retrouvée sur un simple compte d'épargne, au nom de son père, et ait servi à un autre achat de terrain, à Romont cette fois.

Le notaire a-t-il sciemment autorisé l'utilisation de la somme déposée sur un compte dont il était censé avoir la procuration? A-t-il lui-

même donné l'ordre de verser la somme sur un second compte? Telles étaient les questions cruciales dans cette affaire.

Selon le Tribunal cantonal, la preuve ne peut pas être fournie. Néanmoins, à en croire le témoignage des deux banquiers, il y aurait bel et bien eu transfert du montant. «Beaucoup d'indices montrent que le condamné savait que la somme a été utilisée à d'autres fins que celles prévues par l'acte notarié, et que l'accusé a lui-même donné l'ordre du transfert. L'abus de confiance a donc été confirmé.»

■ Neue Zürcher Zeitung, 7. Januar 2003

Aus dem Bundesgericht Unzulässige Kürzung des Offizialanwalt-Honorars Verletztes Verbot der Reformatio in peius

fel. Lausanne, 6. Januar. Ein Gericht darf im Rekursverfahren nicht einfach das dem Offizialanwalt in erster Instanz zugesprochene Honorar

kürzen, wenn dies von keiner Seite beantragt wurde. Wenn ein solches Vorgehen nicht im kantonalen Prozessrecht vorgesehen ist, liegt laut einem neuen Entscheid des Bundesgerichts eine unzulässige Verschlechterung der Rechtsstellung des Beschwerdeführers beziehungsweise seines Anwalts vor. Das verstösst gegen das Verbot der sogenannten Reformatio in peius, und diese Verletzung eines unumstrittenen Rechtsgrundsatzes gilt als Willkür (BGE 110 II 113 E. 3 c).

Im nicht einstimmig zustande gekommenen Urteil der II. Zivilabteilung wird eingeräumt, dass eine Herabsetzung des Honorars des Offizialanwalts im Interesse des Staats liegen kann, der die Prozesskosten vorschießt. Berührt können aber auch die Interessen des Klienten sein, der die Kosten möglicherweise einmal dem Staat zurückerstatten muss. Letzterer hat aber aus Sicht des Bundesgerichts die Möglichkeit, selbständig gegen ein angeblich zu hohes Honorar seines Offizialanwalts vorzugehen, und dem Staat kann ein solches Rekursrecht im Gesetz eingeräumt werden, wie dies etwa in den Kantonen Bern und Freiburg geschehen ist.

Urteil 5P.202/2002 vom 21. 11. 02 – BGE-Publikation.

Entracte



Ein Mord

So stand es in den Zeitungen, im Lokalblatt wie in der New York Times, und beiden war der Fall etwa fünf Zeilen wert:

Robert Lottman (25), Bildhauer, hat gestanden, seine Frau Lee (23) durch mehrere Schläge auf den Kopf mit einem Nudelholz in der Küche des gemeinsamen Hauses in Bloomington, Indiana, getötet zu haben. Die zweijährige Tochter

Melinda, zur Tatzeit ebenfalls in der Küche, lag unversehrt in der Wiege, als die Polizei eintraf, die Lottman selbst alarmiert hatte.

Robert Lottman ließ sich widerstandslos festnehmen. Sein Verhalten bei der Einlieferung ins Untersuchungsgefängnis nannte ein Reporter »gelassen«, ein anderer »kalt und herzlos«.

Die zweijährige Melinda wurde unverzüglich der Obhut ihrer Grossmutter Evelyn Watts aus Evanston, Illinois, übergeben. Mrs. Watts äusserte Zweifel an der Täterschaft ihres Schwiegersohnes. Sie hatte Robert Lottman gemocht – bis jetzt. Sie war von seiner Liebe zu ihrer Tochter überzeugt gewesen. Sie konnte nicht begreifen, wie es zu dem Mord gekommen war. Sie hatte nie erlebt, daß Robert die Beherrschung verlor. Robert trank weder, noch nahm er Drogen. Was also war geschehen?

Die beiden Psychiater im Gefängnis von Bloomington stellten dieselbe Frage. Ihr Interesse hielt sich in Grenzen, aber der psychiatrische Fragebogen nebst Auswertung war nun einmal gesetzlich vorgeschrieben.

»Ich weiß nicht«, antwortete Robert Lottman. »Ja, ich habe Lee geliebt. Ich liebte sie.« Es war ihm zuwider, dieses Bekennt-

nis vor zwei amtlich bestellten Psychiatern abzulegen, andererseits gab er damit kaum etwas preis, denn warum hätte er Lee heiraten sollen, wenn nicht aus Liebe?

»Sie hatten oft Streit?« Es war eher eine Feststellung als eine Frage. »Kam es früher schon zu tätlichen Auseinandersetzungen?« Das war die Frage. »Nein, nie«, sagte Robert. Er hielt dem Blick des Psychiaters stand. »Warum haben Sie es dann getan?« Lange Pause. »Ein plötzlicher Wutanfall?«

Robert schwieg betreten. Ich muß ja nicht antworten, dachte er. Schließlich hatte er die tödlichen Schläge gestanden, was spielte es da noch für eine Rolle, ob sie gestritten, ob er im Affekt gehandelt hatte oder nicht? »Ich war nicht wütend«, sagte Robert endlich, weil er hoffte, die beiden würden sich damit zufriedengeben und gehen. Zwanzig Minuten saß er nun schon auf diesem harten Stuhl.

»Schauen Sie«, ergriff jetzt der dunkelhaarige Psychiater das Wort, »falls Sie und Ihre Frau Streit hatten – egal, weswegen –, so könnte die Anklage auf Totschlag lauten. Und dann fiel das Urteil milder aus als bei vorsätzlichem Mord.«

»Nicht doch, Stanley, >vorsätzlicher Mord< steht doch hier gar nicht zur Debatte – bis jetzt. Das ist ein Ehedrama.«

Robert hätte am liebsten alle beide abgeschaltet. Müde und gelangweilt wiegte er den Kopf. Die Psychiater mochten das für eine gerissene Taktik halten. Robert hielt sich keineswegs für gerissen. Aber er verachtete die beiden Männer, die ihn verhörten. Und er hatte seinen Stolz. Er würde denen nicht sagen, warum er Lee getötet hatte.

Aus: Patricia Highsmith, Die Augen der Mrs. Blynn
Aus dem Amerikanischen von Christa E. Seibicke
© Diogenes Verlag AG, Zürich, 2002
ISBN 3-257-06430-6

Jean-Pierre Egger*

Vademecum zu THC und BGE vom 13. März 2000

Bei der heutigen Reduktion des Betäubungsmittelgesetzes (BetmG) auf das einzige Tetrahydrocannabinol (THC) handelt es sich im Vordergrund um eine beeindruckende Entwicklung. Von der Bundesverwaltung ausgehend entwickelte sich ab 1996 eine neue Leseart des fünfzigjährigen BetmG: Hanfkraut (Cannabis) wurde nicht mehr strikte nach BetmG-Normen wahrgenommen, sondern primär nach THC-Gehalten – und die neu alles wertende Strafnorm hieß «0,3% THC-Grenzwert». Es entstand ab ovo eine Wissenschaft, welche dem Zweck der Unterscheidung zwischen «gute und böse Hanfpflanze» (Zitat V. Roschacher, Bundesanwalt) dient und die Eigenschaft besitzt, nur im schweizerischen Justiz- und Verwaltungswesen gefragt zu sein – im Ausland ist nämlich eine auf den THC-Gehalt gründende Pflanzenunterscheidung überflüssig, weil dort, mit Ausnahme eines gezüchteten Hybridhanfs, jegliche Hanfkrautpflanze per se und absolut verboten ist.

In der Schweiz wurden Hanfanbau und -nutzung anno 1951 vom Bundesgesetzgeber klar abgesteckt. Von THC sprach damals niemand, weil der Stoff erst viel später isoliert, synthetisiert (1968) und als Begriff bekannt wurde. THC, im BetmG unerwähnt, ist für dessen Auslegung gar nicht nötig. Dank klarer Formulierung: «Wie sich aus dem Wortlaut ergibt, ist nicht beabsichtigt, den Anbau von Hanfkraut an sich oder die Verwendung von Hanfkraut zu andern Zwecken als zur Erzeugung von Betäubungsmitteln behördlich zu beaufsichtigen» (Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung, 1951) und gut durchdachter Verordnung ergaben sich bei der Anwendung des BetmG ein halbes Jahrhundert lang keine Schwierigkeiten. Zweifel gab es keine: Die Hanfpflanze, im BetmG unerwähnt, ist bewilligungsfrei anbau- und verwertbar; das indische Hanfkraut («*canapa indiana*», Art. 1 ital. BetmG) wird, gewisse Bedingungen vorausgesetzt, staatlich kontrolliert, resp. verboten; unter «Hanfkraut» versteht man die Blüte und nicht die ganze Hanfpflanze; «Betäubungsmittel» sind «Extrakt, Tinktur, Harzpräparat, -öl» (BetmG-Verordnung, Stand 1994) und «zu andern Zwecken» bedeutet die Herstellung von Brot und Teigwaren, Tee und Tabakersatz, Schlafkissen, Kosmetika, Farben, Plastik, Textilien und Baumaterial. Termini wie «THC-Gehalt» und «THC-Grenzwerte» sind Fremdwörter und in keinem Strafmandat oder Urteil vorzufinden.

Die bundesrichterliche 0,3%-Norm

Im Zuge einer auch in anderen Bereichen forcierten Annäherung an die Europäische Union (EU) wurde der bewilligungsfreie Hanfanbau dem EU-Recht – «alles über 0,3% ist verboten» – de facto angepaßt: 1995 publizierten drei Bundesämter ein «Informationsblatt über die Hanfkulturen», wo die Landwirte angewiesen werden, vom bewilligungsfrei anbaubaren Bauernhanf (*sativa non-indica*, 1–3% THC) (*indica*: 9–28%) abzusehen und nur noch den EU-Hybridhanf (0,3% THC) anzubauen, dies um «Konflikte mit dem Betäubungsmittelgesetz auszuschliessen und sich Unannehmlichkeiten zu ersparen». Im gleichen Zug stellte das Bundesamt für Landwirtschaft jedoch fest, dass die EU-0,3%-Norm strafrechtlich irrelevant ist. Es bauten 1997 um die 200 Landwirte Bauernhanf an, welcher im eidg. Formular für Flächenerhebung unter Nr. 533 vermerkt ist. Dieser legale Zustand wurde wenig später durch bundesrichterliche Rechtsprechung umgeworfen.

Am 13. März 2000 erkor der Kassationshof des Bundesgerichts den 0,3%-Grenzwert zur schuld- und strafgründenden Norm: «Diese Grenzwerte [0,3%; Red.] können als Massstab dafür dienen, ab welchem Gehalt an THC ein Hanfprodukt als Betäubungsmittel gelten muss und nach Art. 8 Abs. 1 lit. d BetmG nicht mehr in Verkehr gebracht werden darf». Diesem Entscheid stehen jedoch der klare Wortlaut des BetmG sowie das Legalitätsprinzip («Keine Strafe ohne Gesetz», Art. 1 StGB) entgegen: Weder THC noch ein THC-Grenzwert sind Tatbestände des BetmG, weshalb darauf gründend keine Schuldzuweisung erfolgen darf. Das Legalitätsprinzip hat in der Schweiz Verfassungsrang, es gilt für den Gesamtbereich des Straf- und Nebenstrafrechts, demnach auch für das BetmG, und es verbietet die mittels einer ausländischen Norm zuungunsten des Angeklagten erfolgte Gesetzesauslegung. Die bundesrichterliche Aufnahme des «0,3%» hat eine Rechtsentwicklung vollzogen, die dem Willen des Gesetzgebers nicht mehr entspricht und Unschuldige zu Schuldigen macht.

Das «Vademecum zu THC und BGE vom 13. März 2002» bringt auf den Punkt gebracht die praxisrelevanten Informationen zum Thema THC/Hanfkrut/BetmG (abrufbar auf www.hanfbauer.ch/vademecum).

* Jean-Pierre Egger ist Rechtsanwalt in Ladir.

Der Generalsekretär teilt mit . . .

Neue Dienstleistung auf der Website des SAV

Der SAV erweitert sein Internetangebot unter <http://www.swisslawyers.com>. Die bisherige Struktur, die Bereitstellung von Inhalten für Mitglieder und die Öffentlichkeit, wurde beibehalten. Mit der neuen Dienstleistung «Recht im Alltag» wird insbesondere das Angebot für die Öffentlichkeit erweitert. «Recht im Alltag» wird der bestehenden Anwaltsuche unter <http://www.swisslawyers.com> – Navigationspunkt Anwaltsuche – beigefügt und ergänzt diese.

Die bestehende Anwaltsuche ermöglicht es, mit Hilfe von Namen, Tätigkeitsgebieten, Ort oder Kanton, Geschlecht und Sprachen einen geeigneten Anwalt bzw. eine geeignete Anwältin zu finden.

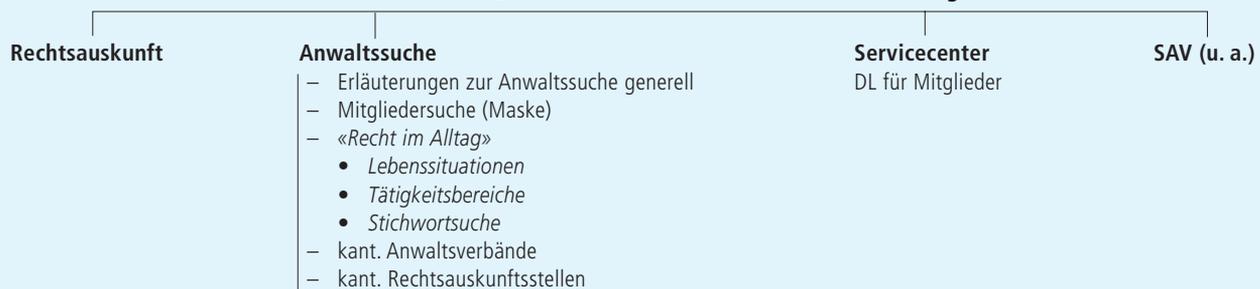
Die neue Applikation «Recht im Alltag» unterstützt diese Suche, indem für die Auswahl von einer bestimmten Lebenssituation ausgegangen werden kann. Zu diesen Lebenssituationen finden sich vom SAV verfasste Inhalte und Hyperlinks auf Drittseiten. Neben Übersichten mit Lebenssituationen stehen neu auch eine Übersicht mit Tätigkeitsbereichen und eine Stichwortsuche zur Verfügung.

in die Problematik etwas einzulesen und sollen damit insbesondere bei der Suche nach einem geeigneten Anwalt helfen. Im jeweiligen Text sind wichtige Stichworte graphisch hervorgehoben. Mit einem Hyperlink gelangt die Anwenderin oder der Anwender jeweils zum zugehörigen Tätigkeitsbereich bzw. von dort direkt in die vorausgefüllte Suchmaske, wo z. B. noch der Ort oder die Sprache eingegeben werden kann.

Juristische Probleme können nicht nur Lebenssituationen, sondern auch einzelnen anwaltlichen *Tätigkeitsbereichen* zugeordnet werden. Hier werden die Tätigkeitsbereiche in alphabetischer Reihenfolge von Bau- und Planungsrecht bis Zivilrecht aufgelistet. Zusätzliche Stichworte zeigen im jeweiligen Bereich konkrete anwaltliche Arbeitsschwerpunkte auf. Sie erlauben der suchenden Person auch die Verifikation, ob ihr Problem tatsächlich diesem anwaltlichen Tätigkeitsbereich zuzuordnen ist.

Bau- und Planungsrecht gliedert sich beispielsweise in Bau-, Entwürfs- und Planungsrecht. Jeder Teilbereich wird mit zusätzlichen Details näher ausgeführt. «Baurecht» erwähnt beispielsweise «Beratung,

Struktur Website, insbesondere Anwaltsuche «Recht im Alltag»



Die Abbildung gibt einen Überblick über die erste Navigationsebene und die neue Applikation. «Recht im Alltag» findet sich im Bereich Anwaltsuche.

Für die Recherche stehen folgende Möglichkeiten offen:

- Lebenssituationen
- Tätigkeitsbereiche
- Stichwortsuche

Der Navigationspunkt *Lebenssituationen* umfasst zur Zeit folgende Bereiche:

- Arbeit – Beruf
- Auto – Strassenverkehr
- Computer – Internet
- Familie – Kinder
- Ferien – Reisen – Freizeit – Sport
- Gesundheit – Wissenschaft – Forschung
- Medien – Kommunikation – Kunst – Kultur
- Partnerschaft – Ehe
- Tod – Erbschaft
- Trennung – Scheidung
- Waren – Dienstleistungen – Konsum
- Wirtschaft – Handel – Gewerbe
- Wohnen – Bauen
- Verfahren – Gerichte – Behörden – Internationales

Für jeden Bereich wurden Inhalte erarbeitet. Diese gliedern sich in «Allgemeine Informationen und Hinweise» sowie in die Rubriken «So finden Sie zum Gesetz», «Das haben die Gerichte bereits entschieden» und «Links mit praktischen Hinweisen». Diese Informationen und Hinweise stellen weder eine juristische Beratung dar noch sollen sie eine solche ersetzen. Sie ermöglichen Interessierten aber, sich vor dem Anwaltsbesuch

Vertretung und Prozessführung bei Fragen im Zusammenhang mit Gesamtüberbauungen und einzelnen Bauvorhaben, insbesondere: Baubewilligungsverfahren, etc.» und führt den Nutzer dann via Hyperlink zur Anwaltsuche.

Bei der *Stichwortsuche* können einzelne oder mehrere Begriffe eingegeben werden. Das Suchresultat liefert eine Liste mit den möglicherweise betroffenen Tätigkeitsgebieten. Über das zutreffende Gebiet gelangt man dann wiederum in die entsprechend vorausgefüllte Suchmaske.

Bei allen aufgeführten Recherchemöglichkeiten gelangt die suchende Person zu einzelnen Tätigkeitsbereichen. Diese sind via Hyperlink («In diesem Tätigkeitsbereich suchen») mit der bereits bekannten Anwaltsuche vernetzt. Der Tätigkeitsbereich wird direkt in die Maske der Anwaltsuche übernommen. Hier können weitere geografische oder sprachliche Eingrenzungen eingefügt werden.

«Recht im Alltag» besteht zur Zeit erst in deutscher Sprache. Die französische Version ist in Bearbeitung, deren Aufschaltung erfolgt per Anfang Februar 2003. Des Weiteren ist es möglich, die bestehenden Lebensbereiche zu vertiefen bzw. um neue Themen und Hinweise zu erweitern. Anregungen nimmt das Generalsekretariat SAV (Tel. 031 313 06 06, E-Mail: info@swisslawyers.com) gerne entgegen.

! Wichtiges Datum !

Der diesjährige Anwaltskongress findet vom
12.–14. Juni 2003 in Luzern statt

Die Einladung inkl. Anmeldetalons wird allen Mitgliedern im März zugestellt.

Le secrétaire général vous informe ...

Nouvelle prestation de services sur le site Web de la FSA

La FSA élargit ses prestations Internet sous <http://www.swisslawyers.com>. La structure qui a été mise en place jusqu'à présent, à savoir de faire une distinction entre le contenu qui s'adresse aux membres et celui qui s'adresse au grand public, a été conservée. Toutefois, la recherche d'un avocat – qui fonctionne actuellement avec le navigateur <http://www.swisslawyers.com> – est désormais complétée et perfectionnée avec une nouvelle prestation de service intitulée «Droit au quotidien».

La recherche d'un avocat, avec le système actuel, permettait de trouver un ou une avocat(e) approprié(e) par un système de recherche qui se basait uniquement sur le nom, les domaines d'activités, le lieu ou le canton, le sexe ou encore les langues.

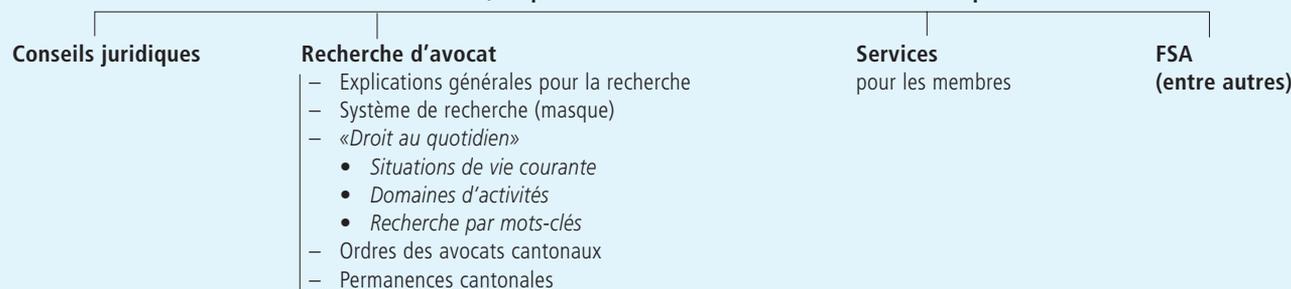
La nouvelle application «Droit au quotidien» facilite la recherche d'un avocat en ce sens que l'utilisateur pourra désormais effectuer sa recherche à partir de situations de la vie courante. Ces situations sont décrites par des résumés effectués par la FSA et par des liens sur des sites Web de tiers. En marge de ces situations de la vie courante, une liste des domaines d'activités et de mots-clés a également été élaborée.

remplacent en aucun cas ce dernier. Elles ont en revanche pour but de donner la possibilité aux personnes intéressées de se faire une première idée générale avant la consultation leur avocat, et surtout de les aider à trouver l'avocat ou l'avocate approprié(e). Dans tous ces résumés, les mots-clés ont été graphiquement mis en évidence. En cliquant dessus, l'utilisateur est renvoyé directement dans le domaine d'activités qui le concerne, respectivement dans le moteur de recherche d'avocat, où le lieu et la langue, par exemple, peuvent encore être précisés.

Les problèmes juridiques ne se classent pas seulement selon les situations de la vie courante mais aussi selon les *domaines d'activités* des avocats. Ces domaines d'activités sont classés par ordre alphabétique. Des mots-clés supplémentaires montrent, dans chaque domaine, les points forts concrets du travail de l'avocat. Ils permettent également, à la personne qui effectue une recherche, de vérifier si son problème juridique a été correctement classé dans le bon domaine d'activités de l'avocat.

A titre exemplaire, la partie «Droit de la construction et aménagement» s'articule en Droit de la construction, droit de l'expropriation et droit de l'aménagement. Chaque section est accompagnée de précisions complémentaires. Ainsi, la section Droit de la construction mentionne par exemple «Conseil, représentation et procédure lors de ques-

Structure du site Web, en particulier la recherche d'avocat «Droit au quotidien»



Cette illustration donne un aperçu du plateau de navigation et de la nouvelle application «Droit au quotidien» qui se trouve dans la section «Recherche d'avocat».

Les possibilités suivantes sont désormais disponibles pour effectuer une recherche:

- Situations de la vie courante
- Domaines d'activités
- Mots-clés

Le navigateur *Situations de la vie courante* contient pour l'instant les sujets suivants:

- Travail – Profession
- Voiture – Circulation routière
- Ordinateur – Internet
- Famille – Enfants
- Vacances – Voyages – Loisirs – Sport
- Santé – Sciences – Recherche
- Médias – Communication – Art – Culture
- Partenariat – Couple
- Décès – Succession
- Séparation – Divorce
- Economie – Commerce – Exploitations
- Habiter – Construire
- Procédure – Tribunaux – Autorités – International
- Marchandises – Prestations de service – Consommation

Des résumés ont été insérés dans chaque domaine. Ceux-ci s'articulent en «Informations et renseignements généraux», de même qu'en rubriques intitulées «Voici les liens avec la loi», «Ce qui a déjà été jugé par les tribunaux», et «Liens avec des informations pratiques». Ces informations et renseignements ne constituent en rien un conseil juridique et ne

tions en relation avec des constructions globales et des plans de construction, en particulier: procédure pour l'obtention du permis de construire etc.» L'utilisateur est ensuite reconduit – par le biais d'un lien – au moteur de recherche d'avocat.

Pour la *recherche par mots-clés*, une ou plusieurs notions peuvent être insérées par l'utilisateur. Le résultat obtenu est constitué d'une liste des domaines d'activités possibles. Par le biais du domaine choisi, l'utilisateur est de nouveau relié au moteur de recherche d'avocat.

Tous les moyens de recherche aboutissent à une série de domaines d'activités. Ceux-ci sont tous reliés – par le biais d'un lien «Rechercher dans ce domaine d'activités» – avec le moteur de recherche d'avocat qui existe déjà. Le domaine d'activités est directement relié avec le masque de recherche d'avocat. De là, il est encore possible de procéder à une limitation géographique ou linguistique.

«Droit au quotidien» existe à ce jour en version allemande. La version française est en préparation et sera mise en service au début du mois de février 2003. Pour le surplus, il sera possible de développer les situations de la vie courante, respectivement d'ajouter de nouveaux sujets et de nouvelles informations. Le secrétariat FSA (tél. +41 31 313 06 06, e-mail: info@swisslawyers.com) prend volontiers en compte toutes vos suggestions et critiques.

! Date à retenir !

Le Congrès des avocats se tiendra
du 12 au 14 juin 2003 à Lucerne

Les invitations et bulletins d'inscription seront transmis en mars à tous nos membres.

Bestellformular Schriftenreihen des SAV

Bitte senden an:

Schweizerischer Anwaltsverband
Marktgasse 4
Postfach 8321
3001 Bern

Bestellcoupon

..... Exemplar(e)	Rechtshilfe in Strafsachen	Fr. 45.–
..... Exemplar(e)	Verfassungsgerichtsbarkeit	Fr. 30.–
..... Exemplar(e)	Unabhängigkeit des Anwalts	Fr. 10.–
..... Exemplar(e)	Organisation des Anwaltsbüros	Fr. 15.–
..... Exemplar(e)	IPR – Luganoabkommen	Fr. 65.–
..... Exemplar(e)	Berufshaftpflicht	Fr. 15.–
..... Exemplar(e)	Software	Fr. 50.–
..... Exemplar(e)	Aktienrecht	Fr. 50.–
..... Exemplar(e)	Sach- und Autorenregister	Fr. 20.–
..... Exemplar(e)	Landwirtschaftl. Bodenrecht	Fr. 35.–
..... Exemplar(e)	SchKG	Fr. 50.–
..... Exemplar(e)	Information, Technologie und Recht	Fr. 45.–
..... Exemplar(e)	Les recours au Tribunal fédéral (1997)	Fr. 50.–*
..... Exemplar(e)	Alle, nicht jeder – Einführung in die Methoden der Demoskopie	Fr. 50.–
..... Exemplar(e)	Anwälte und Marketing – Marketingstrategien für die Anwaltskanzlei	Fr. 60.–
..... Exemplar(e)	Bundesrechtsmittel (2002)	Fr. 50.–
..... Exemplar(e)	Sport und Recht (2001)	Fr. 50.–

* nur auf Französisch

Name:

Adresse:

PLZ: Ort:

Datum: Unterschrift:

Bulletin de commande Publications de la FSA

Prière de transmettre ce bulletin à:

Fédération Suisse des Avocats
Marktgasse 4
Case postale 8321
3001 Berne

Bulletin de commande

.....	Exemplaire(s)	Entraide pénale	frs. 45.–
.....	Exemplaire(s)	Constitutionnalité et contrôle judiciaire	frs. 30.–
.....	Exemplaire(s)	Indépendance de l'avocat	frs. 10.–
.....	Exemplaire(s)	Organisation des études	frs. 15.–
.....	Exemplaire(s)	DIP-Convention de Lugano	frs. 65.–
.....	Exemplaire(s)	Software	frs. 50.–*
.....	Exemplaire(s)	Responsabilité professionnelle	frs. 15.–
.....	Exemplaire(s)	Sociétés anonymes	frs. 50.–*
.....	Exemplaire(s)	Index matières et auteurs	frs. 20.–
.....	Exemplaire(s)	Droit foncier rural	frs. 35.–*
.....	Exemplaire(s)	LP révisée	frs. 50.–*
.....	Exemplaire(s)	Information, Technologie et Droit	frs. 45.–*
.....	Exemplaire(s)	Les recours au Tribunal fédéral (1997)	frs. 50.–
.....	Exemplaire(s)	Alle nicht, jeder – Einführung in die Methoden der Demoskopie	frs. 50.–*
.....	Exemplaire(s)	Le marketing des études d'avocats – La pratique au sein d'études de petite taille et de taille moyenne	frs. 60.–*
.....	Exemplaire(s)	Les recours au Tribunal fédéral (2002)	frs. 50.–
.....	Exemplaire(s)	Droit et Sport (2001)	frs. 50.–

* uniquement en allemand

Nom:

Adresse:

NPA: Lieu:

Date: Signature:

Fachtagungen und Seminare/Conférences et séminaires

Bau- und Planungsrecht / Droit de la construction et de l'aménagement du territoire

04.–05.03.2003	Schweizerische Baurechtstagung	Freiburg	Institut für Schweizerisches und Internationales Baurecht, chemin des Grenadiers 2, 1700 Freiburg, Tel: 026 300 80 40, Fax: 026 300 97 20, E-Mail: baurecht@unifr.ch
06.–07.03.2003	Journées du droit de la construction	Fribourg	Institut pour le droit suisse et international de la construction, chemin des Grenadiers 2, 1700 Fribourg, Tel: 026 300 80 40, Fax: 026 300 97 20, E-Mail: baurecht@unifr.ch
11.–12.03.2002	Schweizerische Baurechtstagung	Freiburg	Institut für Schweizerisches und Internationales Baurecht, chemin des Grenadiers 2, 1700 Freiburg, Tel: 026 300 80 40, Fax: 026 300 97 20, E-Mail: baurecht@unifr.ch

Diverses / Divers

01.–12.2003	Formation continue en Compliance Management	Genève	Université de Genève, Leonardo Castellana, Tel: 022 705 86 51, Fax: 022 705 86 62, E-Mail: Leonardo.Castellana@droit.unige.ch
31.01.–02.02.2003	Avoski 2003	Leysin	Avoski 2003, c/o F. Trümpy, Ch. Du Crochet 24, 1054 Morrens, Tel: 021 731 58 48, Fax: 021 731 58 28, E-Mail: truempy@freesurf.ch
08.02.–30.11.2003	Formation continue en droits de l'homme	Genève	Université de Genève, Bd du Pont d'Arve 40, 1211 Genève 4, Tel: 022 705 85 24, Fax: 022 705 85 36, E-Mail: Joelle.Sambuc@droit.unige.ch
10.02.2003	Die Haftung für falsche Information	Bern	Bernischer Juristenverein, Postfach 1310, 3600 Thun, Tel: 033 223 27 29, Fax: 033 223 44 77, E-Mail: mueller@roost-thun.ch
12.02.2003	Journée de droit fiscal	Genève	Centre d'études juridiques européennes, Université de Genève, Boulevard du Pont d'Arve 40, 1205 Genève, Tél: 022 705 86 52, Fax: 022 705 86 62, E-Mail: Gervais.Muja@droit.unige.ch
24.02.2003	Grundrechtskonflikte im UWG: Was lernen wir aus der Rechtsprechung Hertel?	Bern	Bernischer Juristenverein, Postfach 1310, 3600 Thun, Tel: 033 223 27 29, Fax: 033 223 44 77, E-Mail: mueller@roost-thun.ch
27.02.2003	Aktuelle Probleme des Internationalen Insolvenzrechtes	Zürich	Europa Institut an der Universität Zürich, Hirschengraben 56, 8001 Zürich, Tel: 01 634 48 91, Fax: 01 634 43 59, E-Mail: eiz@eiz.unizh.ch
28.02.2003	Schweizer Börse Wohin?	Zürich	Europa Institut an der Universität Zürich, Hirschengraben 56, 8001 Zürich, Tel: 01 634 48 91, Fax: 01 634 43 59, E-Mail: eiz@eiz.unizh.ch
13.–14.03.2003	10 Jahre Opferhilfe in der Schweiz	Bern	Bundesamt für Justiz, Abteilung Rechtsetzungsprojekte und -methodik, 3003 Bern, Tel: 031 322 47 44, Fax: 031 322 84 01, Internet: www.ofj.admin.ch
19.–21.03.2003	Aufbauseminar Verwaltungsrecht	Münchenwiler bei Murten	Institut für Rechtswissenschaft und Rechtspraxis, Bodanstrasse 4, 9000 St. Gallen, Tel: 071 224 24 24, Fax: 071 224 28 83, E-Mail: irp-ch@unisg.ch
25.03.2003	SAV-Mediationsausbildung	Luzern	Schweizerischer Anwaltsverband, Marktgasse 4, Postfach 8321, 3001 Bern, Tel: 031 313 06 06, Fax: 031 313 06 16, E-Mail: info@swisslawyers.com
28.03.2003	Die «virtuelle» Generalversammlung	Zürich	Europa Institut an der Universität Zürich, Hirschengraben 56, 8001 Zürich, Tel: 01 634 48 91, Fax: 01 634 43 59, E-Mail: eiz@eiz.unizh.ch
03.04.2003	Neue Erkenntnisse bei der Spurensuche «Aspekte der modernen Verbrechensbekämpfung»	Kursaal Bern	Siemens Schweiz AG, Civil an National Security, Freilagerstrasse 40, 8047 Zürich, Tel: 058 558 50 77, Fax: 058 558 38 16, E-Mail: fit.info@siemens.ch, www.siemens.ch/fit
25.04.2003	Strafrechtliche Sanktionen gegen Internet-Kriminalität	Zürich	Europa Institut an der Universität Zürich, Hirschengraben 56, 8001 Zürich, Tel: 01 634 48 91, Fax: 01 634 43 59, E-Mail: eiz@eiz.unizh.ch
23.05.2003	Neuerungen im Familienrecht/ZGB	Zürich	Europa Institut an der Universität Zürich, Hirschengraben 56, 8001 Zürich, Tel: 01 634 48 91, Fax: 01 634 43 59, E-Mail: eiz@eiz.unizh.ch
12.–14.06.2003	Anwaltskongress des Schweizerischen Anwaltsverbandes	Kultur- und Kongresszentrum Luzern	Schweizerischer Anwaltsverband, Marktgasse 4, Postfach 8321, 3001 Bern, Tel: 031 313 06 06, Fax: 031 313 06 16, E-Mail: info@swisslawyers.com
19.–21.06.2003	Zertifizierter Lehrgang für den Verwaltungsrat	Thalwil	Zentrum für Unternehmensführung AG, Im Park 4, 8800 Thalwil, Tel: 01 722 85 85, Fax: 01 722 85 86, E-Mail: info@zfu.ch
27.06.2003	Aktuelle Fragen zum Medienrecht	Zürich	Europa Institut an der Universität Zürich, Hirschengraben 56, 8001 Zürich, Tel: 01 634 48 91, Fax: 01 634 43 59, E-Mail: eiz@eiz.unizh.ch
23.–25.10.2003	Zertifizierter Lehrgang für den Verwaltungsrat	Thalwil	Zentrum für Unternehmensführung AG, Im Park 4, 8800 Thalwil, Tel: 01 722 85 85, Fax: 01 722 85 86, E-Mail: info@zfu.ch
28.10.2003	SAV-Mediationsausbildung	Bern	Schweizerischer Anwaltsverband, Marktgasse 4, Postfach 8321, 3001 Bern, Tel: 031 313 06 06, Fax: 031 313 06 16, E-Mail: info@swisslawyers.com
30.–31.10.2003	Internationale Steuerplanung bei Privatpersonen	Thalwil	Zentrum für Unternehmensführung AG, Im Park 4, 8800 Thalwil, Tel: 01 722 85 85, Fax: 01 722 85 86, E-Mail: info@zfu.ch
11.–13.12.2003	Zertifizierter Lehrgang für den Verwaltungsrat	Thalwil	Zentrum für Unternehmensführung AG, Im Park 4, 8800 Thalwil, Tel: 01 722 85 85, Fax: 01 722 85 86, E-Mail: info@zfu.ch

Verschiedene Veranstaltungen / Autres manifestations

International

03.–14. 02. 2003	Access to Justice – the Civil Justice System/the Criminal Justice System	London	The College of Law, 14 Store Street, Bloomsbury, London WC 1E 7DE, Tel: +44 20 7291 1200, Fax: +44 20 7291 1305, E-Mail: international@lawcol.co.uk
10. 02. 2003	Negotiating and drafting e-contracts	London	Claire Vipas, Hawksmere, 12-18 Grosvenor Gardens, London SW1W 0DH, UK, Tel: +44 (0)20 7881 1813, Fax: +44 (0)20 7730 4672, E-Mail: claire.vipas@hawksmere.com
11.–13. 02. 2003	International commercial agreements	London	Claire Vipas, Hawksmere, 12-18 Grosvenor Gardens, London SW1W 0DH, UK, Tel: +44 (0)20 7881 1813, Fax: +44 (0)20 7730 4672, E-Mail: claire.vipas@hawksmere.com
14. 02. 2003	Dispute resolution workshop	London	Claire Vipas, Hawksmere, 12-18 Grosvenor Gardens, London SW1W 0DH, UK, Tel: +44 (0)20 7881 1813, Fax: +44 (0)20 7730 4672, E-Mail: claire.vipas@hawksmere.com
24. 02.–07. 03. 2003	The Rule of Law in a Commercial Environment/Family and Gender Issues in a Changing Europe	London	The College of Law, 14 Store Street, Bloomsbury, London WC 1E 7DE, Tel: +44 20 7291 1200, Fax: +44 20 7291 1305, E-Mail: international@lawcol.co.uk
24.–25. 02. 2003	Effective use of the FIDIC contract conditions in international construction contracts	London	Claire Vipas, Hawksmere, 12-18 Grosvenor Gardens, London SW1W 0DH, UK, Tel: +44 (0)20 7881 1813, Fax: +44 (0)20 7730 4672, E-Mail: claire.vipas@hawksmere.com
10.–11. 03. 2003	Running an effective in-house legal department	London	Claire Vipas, Hawksmere, 12-18 Grosvenor Gardens, London SW1W 0DH, UK, Tel: +44 (0)20 7881 1813, Fax: +44 (0)20 7730 4672, E-Mail: claire.vipas@hawksmere.com
10.–21. 03. 2003	Globalisation of Business – Acquisitions, Mergers and Corporate Finance/E-Commerce – a Pandora's box, creation of opportunity and the minefield of regulation	London	The College of Law, 14 Store Street, Bloomsbury, London WC 1E 7DE, Tel: +44 20 7291 1200, Fax: +44 20 7291 1305, E-Mail: international@lawcol.co.uk
23.–29. 03. 2003	International Product Liability and Personal Injury	Kitzbühl	Professor Dennis Campbell, Center for International Legal Studies, PO Box 19, A-5033 Salzburg Austria, Fax: +43 662 835171, E-Mail: cils@cils.org, Internet: www.cils.org
24.–25. 03. 2003	Lobbying and decision-making in Europe	London	Claire Vipas, Hawksmere, 12-18 Grosvenor Gardens, London SW1W 0DH, UK, Tel: +44 (0)20 7881 1813, Fax: +44 (0)20 7730 4672, E-Mail: claire.vipas@hawksmere.com
03.–04. 04. 2003	International research and development agreements	London	Claire Vipas, Hawksmere, 12-18 Grosvenor Gardens, London SW1W 0DH, UK, Tel: +44 (0)20 7881 1813, Fax: +44 (0)20 7730 4672, E-Mail: claire.vipas@hawksmere.com
07.–09. 04. 2003	International intellectual property law	London	Claire Vipas, Hawksmere, 12-18 Grosvenor Gardens, London SW1W 0DH, UK, Tel: +44 (0)20 7881 1813, Fax: +44 (0)20 7730 4672, E-Mail: claire.vipas@hawksmere.com
10.–11. 04. 2003	International technology licensing agreements	London	Claire Vipas, Hawksmere, 12-18 Grosvenor Gardens, London SW1W 0DH, UK, Tel: +44 (0)20 7881 1813, Fax: +44 (0)20 7730 4672, E-Mail: claire.vipas@hawksmere.com
03.–06. 05. 2003	Terrorism: Its Impact on the Law, Commerce, and Human Rights	Salzburg	Professor Dennis Campbell, Center for International Legal Studies, PO Box 19, A-5033 Salzburg Austria, Fax: +43 662 835171, E-Mail: cils@cils.org, Internet: www.cils.org
19.–20. 05. 2003	Effective due diligence in international business transactions	London	Claire Vipas, Hawksmere, 12-18 Grosvenor Gardens, London SW1W 0DH, UK, Tel: +44 (0)20 7881 1813, Fax: +44 (0)20 7730 4672, E-Mail: claire.vipas@hawksmere.com
19.–20. 05. 2003	Employing people in Europe	London	Claire Vipas, Hawksmere, 12-18 Grosvenor Gardens, London SW1W 0DH, UK, Tel: +44 (0)20 7881 1813, Fax: +44 (0)20 7730 4672, E-Mail: claire.vipas@hawksmere.com
22.–23. 05. 2003	International technology licensing agreements	London	Claire Vipas, Hawksmere, 12-18 Grosvenor Gardens, London SW1W 0DH, UK, Tel: +44 (0)20 7881 1813, Fax: +44 (0)20 7730 4672, E-Mail: claire.vipas@hawksmere.com
22.–25. 05. 2003	The Law, the Lawyer, and Alternative Dispute Resolution	Heidelberg	Professor Dennis Campbell, Center for International Legal Studies, PO Box 19, A-5033 Salzburg Austria, Fax: +43 662 835171, E-Mail: cils@cils.org, Internet: www.cils.org
02.–03. 06. 2003	Drafting commercial agreements to comply with European law	London	Claire Vipas, Hawksmere, 12-18 Grosvenor Gardens, London SW1W 0DH, UK, Tel: +44 (0)20 7881 1813, Fax: +44 (0)20 7730 4672, E-Mail: claire.vipas@hawksmere.com
26.–29. 06. 2003	Corporate Governance in an International marketplace	Salzburg	Professor Dennis Campbell, Center for International Legal Studies, PO Box 19, A-5033 Salzburg Austria, Fax: +43 662 835171, E-Mail: cils@cils.org, Internet: www.cils.org
26.–29. 06. 2003	Immigration an Nationality Law and Business Strategies	Salzburg	Professor Dennis Campbell, Center for International Legal Studies, PO Box 19, A-5033 Salzburg Austria, Fax: +43 662 835171, E-Mail: cils@cils.org, Internet: www.cils.org